Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Wolkenbuhr, für den übrigen Teil Richard Mattheus, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 44. Dienstag, 21. Februar 1928. 3. Jahrgang.

Abwicklungsstelle des Bürgerblocks.

Auflösung des Reichstages 31. März. — Neuwahlen spätestens 20. Mai.

Die Sozialdemokratie in Opposition.

Am Sonnabend hat der Bürgerblock nun doch noch sein Notprogramm zustandegebracht. Seinen anfänglichen Plan, dieses Programm an der Sozialdemokratie scheitern zu lassen und dann unter einer antisozialistischen Parole in den Wahlkampf zu ziehen, hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion von vornherein zu vereiteln gewußt. Schon schien die Auflösung des Reichstags unvermeidlich, als der Reichspräsident eingriff und die Freunde von gestern zur Verabschiedung des Etats und ihres Notprogramms verpflichtete. Was schließlich aus dieser Verpflichtung wird, bleibt eine andere Frage.

Es ist zum Verständnis der so entstandenen innerpolitischen Lage notwendig, einen kurzen Rückblick auf die Vorgänge der letzten Woche zu werfen. Sie begann mit der einmütigen Feststellung der Regierungsparteien, daß das Reichsschulgesetz als gescheitert zu betrachten sei. Niemand war in größerer Verlegenheit als die Deutschnationalen. Das Schulgesetz an sich war ihnen verhältnismäßig gleichgültig. Dafür interessierten sich schließlich nur einige orthodox-protestantische Pfarrer und ihr Anhang. Aber es wirkte bis zu der offenen Krise in starkem Maße als Bindemittel für die an sich brüchige Koalition, deren Hauptaufgabe nach deutschnationaler Auffassung die Bewilligung möglichst umfangreicher Liebesgaben für die Großagrarier war. Ihr vorzeitiger Zusammenbruch war jedoch gleichbedeutend mit baldigen Neuwahlen und infolgedessen einem Verzicht auf die bisherige Liebesgabenpolitik; denn voraussichtlich wird die bevorstehende Abrechnung im Vergleich zu den heutigen Zuständen zu einer anderen Zusammensetzung des Parlaments und zu einer anderen Regierungskoalition führen.

Was also war zu tun, um die Auflösung des Reichstags möglichst hinauszuschieben? Das Zentrum wünschte die Erledigung des Etats durch die gegenwärtige Volksvertretung. Ihm schloß sich die Deutsche Volkspartei an, ohne daß freilich ihren Auffassungen von den beiden anderen Regierungsparteien noch eine besondere Bedeutung beigelegt worden wäre. Infolgedessen war mit der Verabschiedung des Etats an ohnoch nichts erreicht, wenn damit nicht gleichzeitig eine großangelegte Rettungsaktion für das, was die Deutschnationalen Landwirtschaft nennen, verbunden werden konnte. Zum Glück der Deutschnationalen kam der Hindenburgbrief, der die Notwendigkeit agrarischer Hilfsmaßnahmen betonte. Aber angesichts der Weigerung des Zentrums, den Termin der Neuwahlen über den Mai hinauszuschieben, tauchte die Frage auf, ob es möglich sein würde, in dieser Frist und noch dazu mit einer innerlich zerrissenen Regierung das Agrarprogramm zu verwirklichen. Daran war nur zu denken, wenn man die Opposition mundtot zu machen oder sie jedenfalls an Anträgen, die eine längere Diskussion heraufbeschwören und möglicherweise sogar die Mehrheit der bisherigen Regierungsparteien spalten könnten, zu verhindern vermochte.

Auch die sozialdemokratische Fraktion hielt die Erledigung des Haushaltsplanes für erforderlich. Einmal um dem Reichstag den Vorwurf zu ersparen, er sei auseinandergegangen, ohne seine wichtigsten Arbeiten beendet zu haben, dann aber auch, um die aller Wahrscheinlich anders zusammengesetzte neue Regierung nicht in die Notlage zu versetzen, dem neu gewählten Parlament in der Eile einen Etat vorzulegen, der zwangsweise im wesentlichen an den vom Bürgerblock aufgestellten Haushaltsplan hätte anschließen müssen. Aber die Sozialdemokraten und Demokraten waren weit davon entfernt, die großagrarischen Ansprüche befriedigen zu wollen. Sie konnten sich verpflichten — um eine baldige Auflösung herbeizuführen — die Behandlung des Etats und auch des Liquidationsschädengesetzes beschleunigen zu helfen. Sie konnten auch auf sogenannte Agitationsanträge verzichten, aber es lag auf der Hand, daß sie für eine auch nur passive Unterstützung der deutschnationalen Demagogie nicht zu haben waren.

Aus diesem Grunde hatten die Freunde des deutschnationalen Grafen Westarp zunächst gar kein Interesse an einem positiven Ausgang der mit der Opposition angeknüpften Verhandlungen. Das ergab sich schon daraus, daß der deutschnationale Reichsjustizminister Hergt als Vertreter des Reichskanzlers nur auf sehr energische Vorstellungen hin den Vertretern der sozialdemokratischen und der demokratischen Fraktion den ersten Entwurf eines Regierungsprogramms aushändigte. Es wäre den Deutschnationalen am liebsten gewesen — und der „Berliner Lokalanzeiger" hat das am Sonnabend morgen mit dankenswerter Offenheit ausgeplaudert — wenn die Verhandlungen an den Sozialdemokraten und den Demokraten gescheitert wären. Dann hätte man hinausgehen können mit der natürlich verlogenen, aber wie man hoffte, wirksamen Feststellung, die Linke habe nicht nur das Zustandekommen des Haushaltsplanes sondern auch die dringendste Unterstützung für die Landwirtschaft von vornherein verhindert. Die Städte hat man sowieso mehr oder weniger abgeschrieben, aber auf dem Lande glaubte man mit einer solchen Parole noch Geschäfte machen zu können.

Auch dieses schöne Spiel wurde gestört, und zwar von der gleichen Stelle, deren Eingreifen bis dahin den Deutschnationalen so willkommen gewesen war. Der Reichspräsident mahnte zur Einigung, und für die, die ihn gewählt hatten, war es nun mit Rücksicht auf ihren Anhang im Lande so gut wie unmöglich, sich diesem neuen Appell zu widersetzen. Sie sahen sich genötigt, ihre Forderungen herabzuschrauben auf ein Maß, das auch dem Zentrum noch erträglich erscheinen dürfte. Das aber bedeutete, daß auch der Opposition kein Verzicht mehr auf Abänderungsanträge angesonnen werden konnte. Die Rechte mußte es sich gefallen lassen, daß Sozialdemokraten und Demokraten sich ausdrücklich freie Hand vorbehielten und der Führer der Sozialdemokratischen Reichstagsfrakte Hermann Müller in der Sonnabendsitzung des Reichstags insbesondere diejenigen Punkte des Landwirtschaftsprogramms — die veterinärpolizeilichen Grenzmaßnahmen u. die Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents betreffen, nicht einmal als Teil eines Arbeitsprogramms für annehmbar erklärte.

Die Dinge stehen also so: Die Sozialdemokratie ist nach wie vor bereit, einer Beendigung der Etatsberatung bis zum 31. März keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Sie wird den Etat ablehnen, aber sie wird seine Verabschiedung nicht verzögern. Darüber hinaus hat die Sozialdemokratie nicht die geringste Verpflichtung. Sie war und bleibt Opposition. Sie kann und wird Anträge stellen, die ihr im Interesse der Arbeitnehmerschaft, der kleinen und mittleren Bauern als notwendig erscheinen und wird abwarten, ob die Parteien der bisherigen Koalition die nötige Geschlossenheit besitzen, um sie abzulehnen. Trennen sie sich an diesem oder jenem Punkte — und diese Möglichkeit ist fast wahrscheinlich — so ist der Kladderadatsch da. Dann muß die Auflösung des Reichstags schon vor dem 31. März erfolgen.

Man kann es verstehen, daß es den Deutschnationalen unter solchen Umständen in ihrer Haut nicht wohl ist, und man kann es ebenso begreifen, daß die übrigen Parteien des ehemaligen Bürgerblocks die Dinge ebenfalls nur mit einer sehr herabgeminderten Befriedigung betrachten. Geradezu bejammernswert aber ist das Kabinett, das sozusagen als Abwicklungsstelle der stolzen Koalition übrig geblieben ist. Aber sie alle haben das Schicksal, das sie verdienen.

*

Das Notprogramm.

Die amtliche Mitteilung.

Amtlich wird mitgeteilt: „Die Reichsregierung hat den Parteien für die Verhandlungen des Reichstags bis zum Ablauf des Etatsjahres ein Notprogramm vorgelegt. Sie legt auf seine restlose Durchführung zur Wirksammachung der vorgeschlagenen Maßnahmen entscheidendes Gewicht. Sie wird nach Erledigung des Programms — selbstverständlich auch für den Fall seines Scheiterns — die Auflösung des Reichstags vom Herrn Reichspräsidenten erbitten. Die Reichsregierung wird ihrerseits alle Vorkehrungen treffen, um Neuwahlen spätestens in der zweiten Hälfte des Mai zu ermöglichen. Sollte wider Erwarten zur Durchführung von Restpunkten des Programms der Reichstag über das Ende des Etatsjahres hinaus beraten müssen, so fordert die Reichsregierung, daß hierfür im Reichstag die geschäftsmäßigen Voraussetzungen geschaffen, die Verhandlungen aber so geführt werden, daß der von ihr in Aussicht genommene spätestes Wahltermin eingehalten werden kann.

Der Herr Reichspräsident hat der Reichsregierung kund getan, daß er mit ihr aus vaterländischem Interesse der restlosen Durchführung des Notprogramms ausschlaggebende Bedeutung beimißt und daß er einen dem Vorhaben der Reichsregierung entsprechenden Auflösungstermin in Aussicht nehmen wird."

Der Inhalt.

Das von der Reichsregierung vorgeschlagene und den bisherigen Regierungsparteien restlos gebilligte Notprogramm sieht nach der endgültigen Fassung folgendes vor:

Landhilfe.

1. Zur Organisation und Förderung des Absatzes von Schlachtvieh und Fleisch sowie von Einrichtungen, die diesem Zwecke dienen, werden 30 Millionen Mark in den Etat für das Jahr 1928 eingestellt. Zweck dieser Maßnahme ist es u. a., die auf dem Vieh- und Fleischmarkt zwischen Erzeuger und Verbraucher bestehenden hohen Preisspannen zu verringern.

2. Zur Behebung der gegenwärtigen außerordentlichen Notstände in der Landwirtschaft wird zwecks Sicherung der rationellen Fortführung der Betriebe ein einmaliger Betrag von 30 Millionen Mark in den Etat 1928 eingestellt.

3. Zur Verhütung des Niederbruchs und zur Sicherung des rationellen Fortarbeitens der landwirtschaftlichen Genossenschaften wird ein einmaliger Betrag von 25 Millionen Mark in den Haushalt 1928 eingestellt.

4. Der Rentenbank-Kreditanstalt soll durch Gesetzesänderung die Möglichkeit gegeben werden, sich an zentralen Unternehmungen zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion zu beteiligen und diesen Unternehmungen Kredit zu gewähren.

5. Im Haushaltsgesetz für 1928 wird der Reichsminister der Finanzen ermächtigt, sich zusammen mit Ländern und Gemeindeverbänden an einer Organisation zu beteiligen, die die Aufgabe hat, inländische Kreditinstitute bei der Durchführung der Umschuldung drückender landwirtschaftlicher Schulden zu unterstützen. Reichsgarantiefonds 75 Millionen Mark.

6. Ratenweise Herabsetzung des Gefrierfleisch-Kontingents, entsprechend dem Stande der Fleischversorgung der Bevölkerung.

7. Sicherung der gleichmäßigen Handhabung der veterinärpolizeilichen Grenzsperren zur Verhütung der Einschleppung von Tierseuchen.

8. Erweiterung des Einfuhrscheinsystems auf die Ausfuhr von Schweinen und Schweinefleisch.

Der zweite Wahlgang in Hamburg.

Stärkere Wahlbeteiligung. — 40000 Stimmen mehr. — Die Sozialdemokratie verliert 800 Stimmen, die Deutschnationalen büßen weitere 5000 Stimmen ein. — Die Demokraten gewinnen 5, die Volkspartei 3 Mandate. — Die Kommunisten halten ihre Stimmen. — Das Fiasko der Splitterparteien.

Hamburg, 20. Februar. (Tf.) Der starke Erfolg der Hamburger Sozialdemokratie bei der Bürgerschaftswahl im Oktober 1927, der einen Gewinn von 10 Mandaten brachte, hatte das Bürgertum in Angst und Schrecken versetzt. Nachdem durch das Urteil des Staatsgerichtshofes eine Neuwahl erfolgen mußte, wandten die Rechtsparteien die stärksten Mittel gegen die Sozialdemokratie an, wobei das indifferente Bürgertum mit dem Ruf „Rettet Hamburg" aufgerüttelt wurde. Kein Mittel wurde verschmäht, um die Wähler vor der Sozialdemokratie mit Schrecken zu erfüllen. Nicht geringer war der Ansturm von links, der von den Kommunisten mit jeder Lüge und Verleumdung geführt wurde. Dem vereinigten Ansturm gegenüber hat die Sozialdemokratie ihren starken Stimmengewinn vom Oktober 1927 gehalten. Den 173 358 Stimmen der Wahl von 1924 stehen jetzt 246 630 Stimmen gegenüber, während im Oktober vorigen Jahres 247 489 Stimmen erreicht wurden. Infolge der verstärkten Agitation der bürgerlichen Parteien sind insgesamt

40 000 Stimmen mehr als im Oktober 1927 abgegeben

worden. Dadurch ist die Verteilungsziffer für die Mandate im Vergleich zu den letzten Wahlen größer geworden. Infolgedessen blieb die Mandatsziffer der Sozialdemokratie hinter im Oktober erreichten Ziffer von 63 um 3 zurück.

Den stärksten Anteil an der großen gesteigerten Wahlbeteiligung haben die Demokraten, einen Gewinn haben auch die Volksparteiler und die Nationalsozialisten. Die Demokraten erhalten im Vergleich zur Oktoberwahl 5 Sitze und die Volksparteiler 2 Sitze mehr, während der Stimmenzuwachs der Kommunisten keine Veränderung in der bisherigen Mandatsziffer bringt. Die Deutschnationalen aber haben wiederum 5000 Stimmen und damit

3 weitere Sitze verloren.

Auch die Splitterparteien sind trotz des Urteils des Staatsgerichtshofes nicht auf ihre Kosten gekommen. Die Listen von kleineren Gruppen und Grüppchen brachten es z. B. nur auf insgesamt 4723 Stimmen, davon ist die stärkste Gruppe die der Beamten und Angestellten mit 1601, die mit dieser Ziffer nicht einmal ein Drittel der für ein Mandat erforderlichen Stimmen aufgebracht haben.

Im Einzelnen ergaben die Hamburger Wahlen an Stimmen:

Sozialdemokraten	246 630	(247 489	60	(63)
Deutschnationale	94 030	(98 799)	22	(25)
Kommunisten	114 223	(110 289)	27	(27)
Demokraten	87 522	(65 295)	21	(16)
Volksparteiler	85 471	(72 432)	20	(18)
Zentrum	9 393	(9 774)	2	(2)
Volksrechtspartei	5 535	(9 754)	1	(1)
Nationalsozialisten			3	(2)
Wirtschaftspartei	20 048	(27 163)	4	(6)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280221-19/fragment/page=0001

9. Zur Förderung der Geflügelzucht und des Absatzes ihrer Erzeugnisse werden in den Nachtragshaushalt 1927 und den Haushalt 1928 je 500 000 Mark eingestellt.

Aufbesserung der Rentenbezüge.

1. Für Altinvaliden und Werkspensionäre und ihre Witwen und Waisen sind 100 Millionen Mark in den Haushalt 1928 eingesetzt.

2. Für die Kleinrentner werden insgesamt 50 Millionen Mark bewilligt, außerdem Erleichterungen im Verfahren für die Rentenerlangung (statt Kannvorschrift Mußvorschrift usw.).

Dazu treten noch die bereits gemeldeten Beschlüsse über das Liquidationsschädengesetz.

Eine Woche Reichstagsferien.

Die letzte Reichstagssitzung.

Am Sonnabend fanden zwei Sitzungen statt. Die Nachmittags um 1 Uhr eröffnete erste Sitzung wurde bald wieder geschlossen, damit die Fraktionen beraten konnten.

Präsident Loebe eröffnet die Abend-Sitzung dann bald nach 6 Uhr: Nach den Mitteilungen, die soeben im Aeltestenrat gemacht worden sind, hat eine Mehrheit von Parteien sich auf die geschäftsordnungmäßige Erledigung der Arbeiten des Reichstages bis zum 31. März geeinigt. (Zuruf bei den Komm.: Schöne Einigkeit!) Ueber die Einzelheiten des Arbeitsprogramms wird die Regierung in der nächsten Sitzung des Reichstags genauere Mitteilungen machen. Ich werde also für diese nächste Sitzung als Tagesordnung vorschlagen:

Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung

in Verbindung mit der Beratung des Haushalts des Reichskanzlers. Ueber den Termin dieser Sitzung hat allerdings die Beratung im Aeltestenrat nicht zu einer Einigung geführt, da dem früheren Vorschlag, die nächste Sitzung am 27. Februar abzuhalten, ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion gegenüberstand, diese Sitzung schon für den 20. Februar anzuberaumen. Ich schlage weiter vor, über die übrigen Gegenstände der heutigen Tagesordnung nicht mehr in die Verhandlung einzutreten.

Der sozialdemokratische Standpunkt.

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Wir halten es nach den Beratungen, die an den letzten beiden Tagen stattgefunden haben, für ganz selbstverständlich, daß die Debatte eingeleitet wird durch eine Erklärung der Regierung. Aber meine Fraktion bedauert, daß das erst in acht Tagen erfolgen soll. Wir sind der Ueberzeugung, daß nach den Auseinandersetzungen mit der Regierung und unter den Parteien es angebracht wäre, baldmöglichst Klarheit über das Arbeitsprogramm zu schaffen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Deswegen schon, weil wir einen ganz abnormen Zustand haben: Wir haben eine Regierung einer Koalition, die aufgelöst ist und die doch ein bestimmtes Programm erledigen will. Meine Fraktion hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß wir bestimmte Gesetzentwürfe erledigt haben wollen, bevor der Reichstag auseinandergeht. Wir haben uns bereit erklärt, den Etat fertig zu beraten. Wir haben ferner zum Ausdruck gebracht, daß wir wünschen, daß das Liquidationsschädengesetz ebenfalls erledigt werde. Unsere Stellungnahme zu dem Gesetz

müssen wir uns allerdings vorbehalten.

bis die genaue Vorlage der Regierung vorliegt. Nun sind aber über diese beiden Vorlagen hinaus eine Reihe von Gesetzentwürfen angekündigt worden, deren Inhalt wir im Einzelnen nicht kennen. Diesen Gesetzentwürfen gegenüber hat unsere Partei

einen Vorbehalt machen müssen. Wir haben erklärt, daß eine Bindung der Sozialdemokratischen Partei zu Vorlagen, die wir im Einzelnen nicht kennen, nicht stattfinden kann.

Das gilt insbesondere für die Punkte 5 und 6 des Landwirtschaftsprogramms, die Veterinärpolizei-Maßnahmen an den Grenzen und die Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents, die wir als Teil eines Arbeitsprogramms nicht für annehmbar halten. Wir sind der Ueberzeugung, daß diese Vorlagen, vor allen Dingen auch den Abschluß von Handelsverträgen erschweren. Wir können deswegen irgend eine Bindung in bezug auf den Inhalt und die Behandlung dieser Vorlagen nicht eingehen. Im übrigen wird der Redner meiner Fraktion zu der kommenden Regierungserklärung sich über die Einzelheiten äußern.

Abg. Koenen (Komm.) verlangt eine Aenderung der Tagesordnung in der Weise, daß sofort die Erklärung der Reichsregierung entgegengenommen und die Aussprache darüber eröffnet wird, die bürgerl. Parteien und die Sozialdemokraten hätten sich vor der Oeffentlichkeit so blamiert und kompromittiert, wie es selbst in dieser Republik selten vorgekommen sei. (Präs. Löbe: Herr Abgeordneter: Wir sind noch nicht in der sachlichen Beratung.— Große Heiterkeit.) Nicht bloß in den Zeitungen würden jetzt große Witze gemacht, sondern auch in jeder Dunstkneipe. (Große Heiterkeit und Unruhe.)

Abg. Koch-Weser (Dem.): Die demokratische Fraktion stellt ausdrücklich fest, daß sie sich gegenüber den einzelnen Entwürfen volle Freiheit vorbehält. In den Verhandlungen hat sich die Regierung bereit erklärt, nach der Erledigung der Gesetzesvorlagen im Mai dieses Jahres Neuwahlen für den Reichstag auszuschreiben (Unruhe und Zurufe).

Abg. v. Graefe (Völk.) wendet sich dagegen, daß der Reichstag jetzt schon wieder Ferien machen wolle. Das interessanteste aus den vorhergegangenen Parteiverhandlungen sei die Tatsache, daß es Dr. Wirth und Dr. Breitscheid nun doch gelungen sei, die deutschen Reichstagswahlen vor die französischen Wahlen zu legen. (Lebh. Widerspruch und Rufe: Nein, die französischen Wahlen sind früher.

Abstimmung.

Der sozialdemokratische Antrag, die nächste Sitzung am Montag, den 20. abzuhalten, wird gegen die Antragsteller und die Kommunisten abgelehnt.

Die bisherigen Regierungsparteien beschlossen dann, die

nächste Sitzung auf Montag, den 27. Februar.

zu legen, mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung, außerdem Etat des Reichskanzlers. Schluß 18,45 Uhr.

Der Landtag schließt sich an.

Neuwahlen mit den Reichstagwahlen zusammen.

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtags beschloß am Sonnabend, sich hinsichtlich der Auflösung des Landtages dem Beschlusse des Reichstags anzuschließen. Die Preußischen Wahlen werden also gemeinsam mit den Reichstagswahlen voraussichtlich am 20. Mai vorgenommen. In der Zwischenzeit soll der Etat unter Dach und Fach gebracht werden.

Neuer Schiedsspruch in der mitteldeutschen Metallindustrie.

Statt bisher 3 Pfg. jetzt 5 Pfg.

Der Ausgang der Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Lohnkonfliktes in der mitteldeutschen Metallindustrie kann die Metallarbeiter nicht befriedigen. Der vom Schlichter am Sonnabend gefällte Schiedsspruch sieht eine Erhöhung des Spitzenlohnes für Facharbeiter um 5 ₰ vor. Die übrigen Lohnsätze erhöhen sich im gleichen Verhältnis. Gegenüber dem 3 ₰-Schiedsspruch des Magdeburger Schlichters vom 12. Januar ist also eine weitere Zulage von 2 ₰ pro Stunde hinzugekommen. Die Forderung der Metallarbeiter betrug 15 ₰; der erste Schiedsspruch brachte ein Fünftel, der zweite bringt ein Drittel der Forderung der Metallarbeiter. Für den Anhalter Bezirk sind noch besondere Bestimmungen zur Sicherung der Leistungszulage getroffen worden: die Gelernten über 23 Jahren erhalten 10 ₰, die Ausgelernten 7 ₰ und die Ungelernten 5 ₰. Die Jugendlichen des Anhalter Bezirks bis zu 16 Jahren erhalten 22 ₰, bis zu 17 Jahren 28 und bis zu 18 Jahren 32 ₰. Die Wiederaufnahme der Arbeit soll so bald wie möglich erfolgen. Der Streik bzw. die Aussperrung gelten nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses; Maßregelungen dürfen nicht erfolgen. Die neue Lohnregelung soll bis zum 31. Dezember 1928 laufen. Die Erklärungsfrist für den Schiedsspruch läuft am Montag, den 20. Februar, mittags 12 Uhr ab.

Die Kürze der Erklärungsfrist macht eine Urabstimmung unmöglich. Daß die Metallarbeiter sich für den Spruch nicht begeistern können, liegt auf der Hand. Das Ergebnis der Verhandlungen entspricht nicht den berechtigten Forderungen der Metallarbeiter. Die Arbeitgeber, die bei den Verhandlungen absolut nicht mit sich reden ließen, haben eine erträgliche Lösung des Konfliktes zunächst vereitelt. Sie haben den Schiedsspruch abgelehnt. Nach ihren bisherigen Erklärungen, daß es ihnen absolut unmöglich sei, über den 3 ₰-Schiedsspruch hinauszugehen, blieb ihnen nichts anderes übrig. Das kann aber niemanden darüber hinwegtäuschen, daß sie auch bei dem neuen Schiedsspruch noch immer recht glimpflich davongekommen sind.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der neue Schiedsspruch nunmehr rasch für verbindlich erklärt werden.

*

Börse und Metallarbeiterkampf.

Die optimistische Spekulation.

In der verflossenen Woche ist die Börse wieder mal aus ihrem Schlummer der Geschäftsflaute und der Geschäftsstille erwacht und zwar genau an dem Tag, an dem die Metallindustriellen ihren Aussperrungsbeschluß gegen die Arbeiterschaft faßten. Damit wiederholt sich ein Vorgang, den wir bereits im Dezember 1927 erlebt haben. Damals kündigten die Eisenindustriellen die Stillegung ihrer Betriebe mit dem Erfolg an, daß die Kurse der Börsenpapiere in die Höhe gingen. Die Aufwärtsbewegung der Papiere hielt auch einige Wochen an und hob das Kursniveau im Durchschnitt um zirka 30 Prozent.

Diese Gleichmäßigkeit der Bewegungen, die immer dann einsetzen, wenn — streng genommen — keine Veranlassung dafür vorliegt, läßt erkennen, daß die Börse und die hinter ihr stehenden Machthaber, also zuletzt die großen Banken, die durch den Kampf in der Metallindustrie geschaffene Situation viel klarer erkennen als man gemeinhin annimmt. Die Börsenlöwen wissen, daß heute keine Industrie Interesse daran hat, ihre Betriebe still zu legen, denn die durch Stillegung entstehenden Verluste sind weiter größer als Ersparnisse, die man vielleicht durch Aussperrung herausschinden kann. Verdient wird aber heute in der Industrie immer noch groß. Man hält allerdings die Industriedividende künstlich unter Druck; die Bilanzen zeigen jedoch, daß man ein gesegnetes Geschäftsjahr hinter sich hat und man immer noch in einer sehr rentablen Konjunktur steckt. Die Metallindustrie ist auf Grund einer scharfen Rationalisierung und infolge einer kolossalen Leistungssteigerung pro Kopf seit dem Jahre 1926 in eine Periode ständig steigender Rente getreten.

So urteilt die Börse — und die Börse urteilt richtig, muß richtig urteilen, denn sie will Geld verdienen und Fehlschüsse bedeuten große und mitunter sehr schmerzliche Geldverluste. Wenn die Börsenspekulation in den letzten Tagen die durch den Metallarbeiterkonflikt geschaffene Situation so beurteilt, wie wir es oben dargestellt haben, und wenn die Papiere nach wochenlanger ausgesprochener Depression wieder in die Höhe gehen, so stützen sich die Börsenspieler auf eine ganz bestimmte Ueberlegung: Sie rechnen damit, daß die Metallindustriellen nichts unversucht lassen werden, um einen Schiedsspruch verbindlich erklärt zu bekommen, der es ihnen nach außen hin zur scheinbar unerwünschten Pflicht macht, ihre Betriebe weiter arbeiten zu lassen.

So erklärt sich das auf den ersten Blick unmotivierte Steigen der Börsenkurse.

*

Wird die Aussperrung verhindert?

Berlin, 20. Febr. (Eig. Funkm.) Der Aussperrungsbeschluß der Metallindustriellen ist abgesehen von Rheinland und Westfalen — im ganzen Reich fast restlos durchgeführt worden. Zum Teil freiwillig, zum Teil unter dem Druck der Großbetriebe. Da der Schiedsspruch für die mitteldeutsche Metallindustrie aber wahrscheinlich heute noch für verbindlich erklärt wird, dürfte die für den 22. Februar angekündigte Aussperrung voraussichtlich nicht in Kraft treten.

Der erste deutsche Botschafter für Argentinien.

Dr. Julius v. Keller,

deutscher Gesandter in Brüssel ist für den neugeschaffenen Botschafterposten in Buenos Aires ernannt worden. Das Reich war in Südamerika nur durch Gesandte vertreten. — Botschafter v. Keller steht seit 1899 im Auswärtigen Dienste, war in Kairo, Kapstadt und Kalkutta beschäftigt, kam 1913 als vortragender Rat in die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, ging 1920 als Gesandter nach Belgrad und 1924 an Stelle des Genossen Landsberg nach Brüssel.

Nieder mit dem Bürgerblock.

Unsere Wahlparole.

Brandenburg, 20. Februar. (EF.) Auf den am Sonntag hier abgehaltenen Unterbezirkstag für Brandenburg Jauch-Belzig sprach Otto Wels über die Stellung der Parteien im Wahlkampf.

Das Ziel dieses Wahlkampfes, so führte er unter dem stürmischen Beifall der Versammlung aus, sei kein anderes, als den Bürgerblock zu stürzen und die Deutschnationalen aus der Regierung hinauszubefördern und sie selbst anzutreten. Im Reich müsse endlich eine mit der preußischen Regierung homogene Regierung erstrebt werden.

Der Unterbezirkstag bekundete durch den Verzicht auf jede Aussprache den Willen, den von Wels diktierten Kampf um den Staat unter Aufbietung seiner besten Kräfte zum Siege zu führen.

Polizeietat vor dem Landtage.

Der Preußische Landtag überwies am Sonnabend u. a. den Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Frankfurt a. M. und die Anweisung zur Durchführung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten an die zuständigen Ausschüsse.

In der fortgesetzten zweiten Lesung des Innenetats kritisierte sodann in längerer Rede der

Abg. Marckwald (Soz.)

die Zustände in der preußischen Polizei. Insbesondere nahm er Stellung gegen den bei der Ausbildung der Mannschaften noch vielfach geübten militärischen Drill und berief sich dabei auf die Auslassung einer unbestrittenen Autorität im Polizeiwesen, den Polizeioberst Poten, der diesen altpreußischen Gamaschendienst als Stumpfsinn und kleinliche Nörgelei bezeichnet hat.

Im Gegensatz zu den sehr stürmischen Beratungen des Polizeietats in früheren Jahren verlief die Debatte diesmal sehr ruhig, was der Zentrumsabgeordnete Stieler als Zeichen dafür deutete, daß die Verhältnisse sich in Preußen konsolidiert haben. Selbst die Ausführungen des Deutschnationalen Borck waren, um im Ton dieses abgedankten Polizeioffiziers zu reden, „merkwürdig schlapp". Selbstverständlich beklagte er sich über republikanischen Terror in den einzelnen Dienststellen. Außer kleinlichen Sticheleien wußte er aber nichts Positives vorzubringen. Es ist auch möglich, daß die Deutschnationalen jetzt andere Sorgen haben. Die Wahlangst steckt ihnen in allen Gliedern. Mit Ausnahme des deutschnationalen Abg. Borck und des Kommunisten Kasper, der natürlich wieder auf die Sozialdemokraten schimpfte, erkannten alle die Tätigkeit der preußischen Polizei im Großen und Ganzen an. —

Die Aussprache wird am Donnerstag, den 1. März fortgesetzt. Außerdem stehen die zweite Lesung des Justizetats und die Verlängerung des Hauszinssteuer- und Grundvermögensgesetzes auf der Tagesordnung. In der Zwischenzeit erledigt der Hauptausschuß den Kultusetat.

Die Fememörder.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Verteidigung der Verurteilten Schulz und Umhofer hatte beantragt, die Vollstreckung der Urteile bis zur Erledigung des Wiederaufnahmeantrages auszusetzen. Bekanntlich hatte die Strafkammer zunächst eine Entscheidung abgelehnt, weil eine Entschließung des Staatsministeriums über die Vollstreckung der Todesurteile damals noch nicht vorlag. Diesen Beschluß hat das Kammergericht aufgehoben mit der Begründung, daß schon vor der Entscheidung der Gnadeninstanz eine solche Prüfung zulässig sei. Nachdem inzwischen die Todesstrafen in Freiheitsstrafen umgewandelt sind, hat die Strafkammer nunmehr beschlossen, den Antrag auf Aussetzung der Strafvollstreckung bis zur Erledigung des Wiederaufnahmeverfahrens mangels ausreichender sachlicher Begründung zurückzuweisen.

Die von der Verteidigung beantragte gerichtliche Feststellung, daß die Verurteilten als Ueberzeugungstäter anzusehen sind und daher die damit verbundenen Vorteile genießen, wird sich voraussichtlich erübrigen, weil nach dem Wortlaut des Schwurgerichtsurteils Zweifel an der Ueberzeugungstäterschaft nicht bestehen.

Interparlamentarische Union.

Vorbereitung der Berliner Tagung.

Die deutsche Gruppe der „Interparlamentarischen Union" benutzte dieser Tage die Anwesenheit ihres Generalsekretärs Dr. Christian Lange, ihre für den Herbst in Berlin bevorstehende Tagung durch einen Pressempfang vorzubereiten. Lange warf in seinem Referat drei entschiedene politische Fragen der unmittelbaren Gegenwart und Zukunft auf: Die Frage der „Auswanderungen und Einwanderungen", die Frage der „Pflichten u. Rechte der Staaten" und die Frage der „Krise des Parlamentarismus". Mit allen diesen Fragen soll sich die Berliner Konferenz befassen. Sie soll schließlich auch berufen sein, sich mit der „Gewerkschaft der Parlamentarier" — wie Lange sie unter parlamentarische Union bezeichnete — und damit mit der Krise ihres Standes beschäftigen.

Immer nur gegen Kommunisten.

Leipzig, 19. Febr. (Eig. Drahtm.) Wegen Vorbereitung zum Hochverrat hatten sich in einer zweitägigen Verhandlung der Arbeiter Paul Behrend und zwei Genossen aus Köln, der Arbeiter Max Benkwitz aus Zeitz und der Arbeiter Alfred Rausch aus Goslar vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts zu verantworten. Die Angeklagten wurden beschuldigt, im Jahre 1926 in Köln, Zeitz, Goslar und anderen Orten Flugschriften, die zur Zersetzung der Schupo aufforderten, unter den Polizeibeamten verteilt zu haben. Die Angeklagten waren geständig, wollen jedoch von dem Inhalt der Broschüren keine Kenntnis gehabt haben. Das Gericht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280221-19/fragment/page=0002

verurteilte die Angeklagten trotzdem wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen nach § 7 Abs. 4 des Republikschutzgesetzes: Behrend und Kölle zu je 10 Monaten Festungshaft und je 100 Mark Geldstrafe, Benkwitz zu 2 Jahren Festungshaft und 200 Mark Geldstrafe; Rausch und Weiter wurden wegen Mangel an Beweisen freigesprochen.

Hellpach demokratischer Reichstagskandidat. Staatspräsident a. D. Hellpach, Professor an der Universität Heidelberg, hat die demokratische Spitzenkandidatur in der Pfalz für die Reichstagswahlen übernommen.

Fortsetzung des Krantz-Prozesses

Der Krantz-Prozeß ist am Sonnabend vormittag nach dreitägiger Pause wieder aufgenommen worden. Nachdem zwischen Landgerichtsdirektor Duft und Rechtsanwalt Dr. Frey eine Verständigung erfolgt war, handelte es sich für das Gericht zunächst um die Frage, ob nur eine formale Sitzung im Krankenhaus oder eine ordentliche Verhandlung in Moabit vorgenommen werden soll. Man entschied sich für eine

Verhandlung in Moabit.

Am Sonnabend vormittag begab sich Rechtsanwalt Dr. Frey in das Augusta Viktoria-Krankenhaus. Die Polizei hatte am Haupteingang strenge Absperrungen vorgenommen, trotzdem gelang es einem ganzen Haufen von Fotografen, in den Pavillon, in dem Krantz lag, einzudringen. Krantz wurde im Auto nach Moabit gebracht. Der ihn behandelnde Arzt, Prof. Dr. Glaser, hielt Krantz nur für die Dauer von etwa einer Stunde für verhandlungsfähig. Der Angeklagte erklärte, er werde alles aufbieten, damit die Verhandlung so schnell wie möglich zu Ende geführt werden könne und ein neuer Schwurgerichtsprozeß vermieden werde.

Die Verhandlung begann zunächst mit den

Darlegungen der Sachverständigen.

Prof. Goldbeck ist der Auffassung, daß der Angeklagte an einer Art Erlebnishunger litt. Krantz habe sich in der Mordnacht nicht in einem normalen Zustand befunden. Infolgedessen sei für die Tat und die Vorgänge vor der Tat

bei ihm der § 51 anzuwenden.

Abg. Frau Dr. Wegscheider führt aus, daß nach ihrer Auffassung Krantz das Rachegefühl vollkommen ferngelegen habe. Dr. Magnus Hirschfeld ist dafür, daß dem Angeklagten Schutz des § 51 zugebilligt wird. Eine gegensätzliche Auffassung vertritt Medizinalrat Dr. von Mahrenholz. Für ihn ist nicht bewiesen, daß Krantz ein Psychopath ist. Der Sachverständige erklärt sich gegen die Anwendung des § 51.

Während des Verlaufs der Verhandlung erlitt der Angeklagte

Paul Krantz einen Schwächeanfall.

Er wurde sofort in ein für ihn bereitgestelltes Zimmer der Anwaltschaft gebracht und dort auf ein Ruhelager gebettet. Nach etwa einer Stunde hatte sich der Angeklagte wieder etwas erholt.

Die Sitzung wurde jedoch ohne Krantz fortgeführt.

Der Angeklagte entfernte sich bald in Begleitung des Arztes und einer Krankenschwester aus dem Saal. Nach der Vernehmung des Sachverständigen verzichtet das Gericht auf jede weitere Beweisaufnahme. Sämtliche Zeugen und Sachverständigen wurden entlassen. Die nächste Sitzung findet am Montag statt: Wenn kein Zwischenfall eintritt, wird sofort der erste Staatsanwalt Dr. Steinbeck das Wort zur Begründung der Anklage nehmen. Auf allen Seiten besteht anscheinend der Wille, den aufregenden Prozeß in der Montagssitzung zum Abschluß zu bringen.

Kleine Chronik.

Im Falschmünzerprozeß Köhler

und Genossen, der am Sonnabend vor dem Dresdner Gemeinsamen Schöffengericht stattfand, wurde folgendes Urteil gefällt: Köhler drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrenrechtsverlust, Fehrmann und Schnier je zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus, Hartmann zwei Jahre Zuchthaus und Dubsky ein Jahr Gefängnis. Den letzten vier Angeklagten sind die Ehrenrechte auf je drei Jahre aberkannt worden. Im Fall Köhler wurde auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt.

Der Steindrucker Karl Josef Köhler, der als Falschmünzer und Hersteller von gefälschten Banderolen lange Zeit gesucht wurde, ist am 13. November vergangenen Jahres schließlich festgenommen worden. Seine Verhaftung führte bald auch zur Festnahme seiner Komplizen. Köhler, der nach einer früheren Verurteilung wegen eines Münzverbrechens aus dem Zuchthaus beurlaubt worden war, hatte 1925 seine Fälschertätigkeit wieder aufgenommen. Sein Hauptfeld war Bautzen-Seidau. Sämtliche Angeklagten waren mehr oder minder vorbestraft. Insbesondere waren Fehrmann und Schnier, der früher ein Tabakwarengeschäft besaß, stark in den Banderolen-Fälscherprozeß verwickelt. Die Anklage beschuldigte Köhler, Fehrmann und Schnier der Herstellung von gefälschtem Papiergeld in der Zeit von Ende 1926 bis Mitte 1927, ferner der Fälschung tschechoslowakischer Kronenscheine. Sie fertigten hauptsächlich tschechoslowakische Hunderttkronenscheine an. Dubsky hatte insofern Beihilfe zum Münzverbrechen geleistet, als er den Fälschern Räumlichkeiten für ihre Tätigkeit zur Verfügung stellte, ihnen Handreichungen leistet und vor allem den Angeklagten Köhler, der sich verborgen halten mußte, ernährte. Hartman wurde zur Last gelegt, im Jahre 1927 in Bautzen, Breslau und Dresden falsches Geld in den Verkehr gebracht zu haben. Er wechselte am 31. August 1927 bei der Geschäftsstelle der Darmstädter und Nationalbank in Breslau 70 000 tschechische Kronen und am 26. Oktober 1927 bei einer Geschäftsstelle der Dresdner Handelsbank in Dresden 50 000 Kronen in deutsches Geld um. Das eine Mal hatte er 3600, das zweite Mal 6150 ℳ erlöst. Dem Hauptbeschuldigten Köhler warf die Anklage vor, daß er in der zweiten Hälfte des Jahres 1927 in Bautzen und Kleinoels zur Anfertigung von falschen deutschen Rentenbankscheinen die notwendigen Platten herstellte. Fehrmann und Schnier wurden schließlich noch beschuldigt, im Jahre 1924 in Weinböhla, wo damals eine Fälschermerkstatt existierte, nachgemachte Schuldverschreibungen sich verschafft und Betrug verübt zu haben. Die Verhandlungen wurden in geheimer Sitzung geführt, da der Staatsanwalt wegen Gefährdung von Staatsinteressen den Ausschluß der Oeffentlichkeit beantragt hatte.

Ein vom Unglück verfolgtes Schiff ist der englische Dampfer „Varand". Das Schiff befand sich auf seiner ersten Seereise. Im Sturm verlor es auf hoher See Ruder und Schiffsschraube und trieb drei Wochen lang hilflos auf den Wellen. Schließlich gelang es, das Schiff bis zur Mündung des Mersey (England) zu schleppen. Im letzten Augenblick brachen aber die Taue und der Dampfer wurde vom Sturm wieder ins Meer hinausgejagt. Nur unter großen Anstrengungen gelang es, die Besatzung zu retten.

Radio-Tageblatt

(Eigener Funkdienst)

Keine Hochwassergefahr am Rhein mehr.

Köln, 20. Febr. (Eig. Funkm.) Die Hochwassergefahr am Rhein ist nach den heute hier vorliegenden Meldungen als endgültig behoben zu betrachten. Vom Main und Neckar sind zwar noch kleine Wellen zu erwarten, ohne daß aber eine nennenswerte Erhöhung des Wasserstandes eintreten dürfte. Aus einzelnen Teilen des Rheinlandes wird seit gestern Frost bis zu 6 Grad gemeldet.

Reichsbanner-Demonstration in Berlin.

Berlin, 20. Febr. (Eig. Funkm.) Das Reichsbanner Gau Berlin veranstaltete anläßlich seines vierjährigen Bestehens am Sonntag im Zirkus Busch eine von Tausenden besuchte Kundgebung. Vom Zentrum sprach Rektor Kellermann. Er rechnete gründlich mit den Freunden des Bürgerblocks in den Reihen seiner eigenen Partei ab. Man könne nicht ein Schutzgesetz machen, so führte der Redner aus, gegen das die Hälfte des Volkes sei. Kellermann forderte eine republikanische Personalpolitik und wies auf das krasse Beispiel hin, das an der Berliner Universität das Staatsrecht von republikfeindlichen Dozenten gelehrt würde. Er hoffe, daß auch in die Reichskanzlei nach den Wahlen wieder ein Reichsbannermann einziehen würde. Als Vertreter der Sozialdemokratie sprach Ministerpräsident a. D. Stelling.

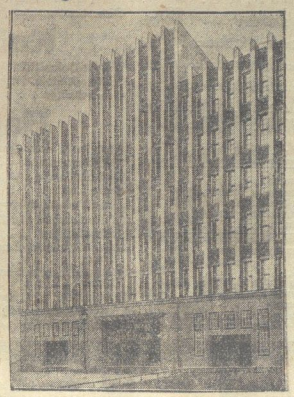
Grenzzwischenfall im Saargebiet.

Paris, 20. Febr. (Eig. Funkm.) Der „Petit Parisien" weiß heute von einem saarländisch-französischen Grenz-Zwischenfall zu berichten Zwei lothringische Bergarbeiter seien bei einem Spaziergang im Walde zwischen Vorbach und Saarbrücken auf saarländisches Gebiet geraten. Plötzlich seien sie von einem Jagdhüter verhaftet und unter ständiger Bedrohung mit der Schußwaffe nach Saarbrücken ins Gefängnis geschafft worden. Der Jagdhüter beschuldigte sie, sie hätten im Walde gewildert. Erst nach langen Verhören und einer Nacht im Gefängnis seien sie wieder freigelassen worden.

Fußballspiel in Afrika.

Paris, 20. Febr. (Eig. Funkm.) In Tunis kam es gestern im Anschluß an ein Fußballwettspiel zu einer wilden Schlägerei. Die Zuschauer waren mit dem Ausgang des Spieles augenscheinlich so unzufrieden, daß sie zunächst dem Schiedsrichter eine Tracht Prügel verabreichten. Dann fielen sie über die siegreiche Mannschaft her. Ein Spieler erhielt einen lebensgefährlichen Messerstich in den Rücken. Während des Handgemenges fielen auch einige Revolverschüsse, die glücklicherweise keinen Schaden anrichteten.

„Das Haus auf den Schienen."

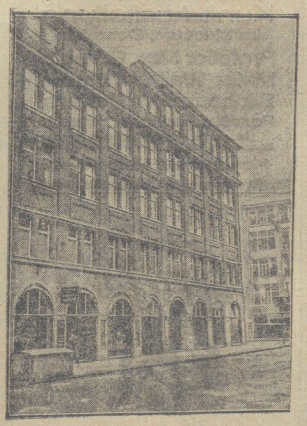


Das neue Haus des Gesundheitsamts in Hamburg

stellt den gelungenen Typ eines modernen Zweckbaues dar. Das Gebäude ist über der Bahnschneise der Untergrundbahn in Hamburg errichtet, ohne daß der Betrieb und der Fahrplan der Hamburger Untergrundbahn dadurch geändert und gestört wurde.

Ein Völkerbundsbüro in Berlin.

Das Haus in der Hedemannstraße, in dem sich das



Völkerbundsbüro befindet.

In Anwesenheit der Reichsregierung wurde in Berlin ein Informationsbüro des Völkerbundes eröffnet, welches den Zweck hat, die mannigfaltigen Aufgaben des Völkerbundes auf politischem, wirtschaftlichem, rechtlichem und humanitärem Gebiet für Deutschland intensiver zu bearbeiten als es von Genf oder vom deutschen Außenministerium aus möglich ist.

Ein furchtbares Fährboot-Unglück ereignete sich in der Bucht von San Francisco. Der vordere Teil des dichtbesetzten Bootes „Peralta" wurde von einer haushohen Welle erfaßt. Rund 40 Personen, die sich auf Deck befanden, wurden in die See gespült. Die sofort herabgelassenen Rettungsboote konnten nur 19 Personen auffischen. Die übrigen 21 Passagiere sind ertrunken. Die Ursache der Katastrophe wird darin gesucht, daß sich die Passagiere kurz vor der Landung an der Spitze des Bootes zusammendrängten, um möglichst schnell an Land zu kommen. Dadurch wurde anscheinend das Heck des Fährdampfers überlastet. Das Schiff kam mit seinem Vorderteil zu tief ins Wasser, sodaß die Wellen in ihrer ganzen Höhe über das Deck hinwegfegen konnten.

Der neueste Betrugsskandal ist von der Münchener Kriminalpolizei aufgedeckt worden. Die Betrüger sind die Inhaber des Metallhüttenwerkes und der Metallgroßhandlung Ferdinand Fränkel u. Co. Sie wurden wegen betrügerischen Bankerotts festgenommen. Wie aus der beschlagnahmten Geschäftskorrespondenz hervorgeht, sind zahlreiche Firmen und Banken um hohe Summen geschädigt worden.

Gewerkschaftliches.

Das technische Personal der westdeutschen Theater bereitet eine Kampfaktion vor, um seine Arbeitszeit- und Lohnforderungen durchzusetzen. Das in dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband organisierte technische Bühnenpersonal hat die zuständigen Stellen wissen lassen, daß es gewillt ist, seine Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zur Geltung zu bringen und auch vor einem Streik nicht zurückzuschrecken, der seine Auswirkungen auf das ganze Reich haben müßte.

Die Lage im nordwestböhmischen Bergarbeiterstreik ist nach wie vor gespannt. In den nächsten Tagen ist mit einem günstigen Ergebnis der Verhandlungen nicht zu rechnen. Im allgemeinen herrscht aber Ruhe und Disziplin. Die Sicherungsarbeiten werden bisher noch entsprechend der Anordnung der Streikleitung trotz der kommunistischen Agitation ausgeführt. Der Streik wirkt sich bereits in empfindlichem Kohlenmangel, in Betriebs- und Schulsperrungen aus.

Das Lohnabkommen für die Herren- und Damenschneiderei ist vom Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband mit Zustimmung der beiden anderen am Tarifvertrag beteiligten Arbeitnehmerverbände gekündigt worden. Das Abkommen läuft nach dreiwöchiger Frist am 10 März ab. Im Herbst war es infolge der ungünstigen Geschäftslage nicht möglich, trotz der Verteuerung der Lebenshaltung eine Verbesserung der Löhne zu erzielen. Auch jetzt werden die Arbeitgeber die Forderungen, die sich in einer Höhe von 20 Proz. bewegen, nicht ohne weiteres erfüllen. Kräftige Stärkung des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes ist daher Gebot der Stunde.

Soziales.

Die Pflichtarbeit der Erwerbslosen. In Arbeitslosenkreisen mehren sich in der letzten Zeit die Klagen über ungerechtfertigten Zwang zur Pflichtarbeit. Ueber die Pflichtarbeit, die eine unbezahlte Gegenleistung für die Unterstützung darstellt, darf nur noch für Jugendliche unter 21 Jahren und für Krisenunterstützte, nicht aber für erwachsene Empfänger der Arbeitslosenunterstützung über 21 Jahren in Frage kommen. Pflichtarbeit kann nur durchgeführt werden, wenn der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes einen dahingehenden Beschluß mit Zweidrittelmehrheit gefaßt hat. Die Gemeinden sind nicht berechtigt, von sich aus Pflichtarbeit zu verlangen, wenn kein entsprechender Beschluß des Verwaltungsausschusses vorliegt.

Wirtschaftlicher Teil.

Die dicksten Aufsichtsräte.

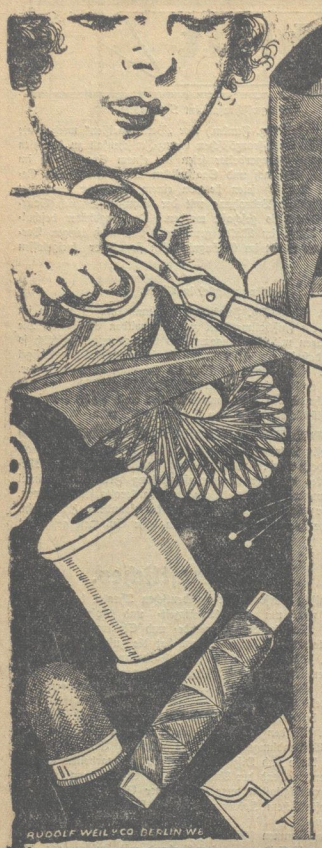
In diesem Jahre ist es der Berliner Bankier Jakob Goldschmidt, der über die meisten Aufsichtsratsmandate verfügt. Wie aus dem soeben erschienenen Handbuch der Direktoren und Aufsichtsräte hervorgeht, bekleidet Jakob Goldschmidt in nicht weniger als 94 Gesellschaften das Amt eines Aufsichtsrates. Er kann sich also, da dieses Amt sehr gut bezahlt wird, nicht beklagen und wird nicht in die Verlegenheit kommen, mal arbeitslos zu werden.

Direktor Herrmann von der Deutschen Bank übt „nur" 67 Aufsichtsratsmandate aus. Ihm folgen der Bankier Weißenberg (Dresden) mit 65 und der Kölner Bankier Louis Hagen mit 62 Mandaten. Auch der Beherrscher der Kaliindustrie, Generaldirektor Korte, stellt zahlreichen Unternehmungen seine „Arbeitskraft" zur Verfügung. Das Handbuch zählt ihn 53 Mal als Aufsichtsrat auf. Der demokratische Reichstagsabgeordnete und Rechtsanwalt H. Fischer ist Aufsichtsrat in 49 Gesellschaften. Felix Deutsch von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) begnügt sich mit 40 Mandaten.

Das Amt des Aufsichtsrates ist heute in Wirklichkeit eine große Komödie. Es erschöpft sich darin, daß die Inhaber der Mandate den von den Direktoren aufgestellten Abschluß gutheißen. Dafür beziehen sie jährlich eine Tantieme von 3000 bis 15 000 Mark.

Zement-Dividenden. Die ersten soeben veröffentlichten Zementbilanzen zeigen, daß die Industrie, wahrscheinlich auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses, eine Erhöhung der Dividende nicht vornehmen wird. Das Portland-Zementwerk Elsa in Neubeckum zahlt für das Jahr 1927, wie im Vorjahre, 10 Prozent. Auch die Wickingschen Portland-Zement- und Wasserkalkwerke in Münster belassen es bei einer Ausschüttung von 10 Prozent. Die Dividenden geben natürlich keinen Anhaltspunkt für die Rentabilität der Betriebe. Die Politik der Wertsverwaltungen läuft anscheinend auf eine noch stärkere Bildung von inneren Reserven hinaus als im Vorjahre.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280221-19/fragment/page=0003



Kurzwaren

Sämtliche Artikel für Berufs- und Hausschneiderei sowie jeden Kleinbedarf für den Nähkasten führen wir in reicher Auswahl.

Bänder

Halbleinenband	6 Meter	15 Pf.
Nahtband	beige, 10 Meter	18 Pf.
Einziehgummiband	schwarz, weißgrau 2½ Meter	25 Pf.
Halbleinenband	10 Meter	25 Pf.
Schürzenband	blau/weiß 6 Meter	25 Pf.
Köperband	schwarz/weiß 9 Meter	25 Pf.
Rollokordel	rein Leinen 7 Meter	25 Pf.
Gummiband	glatt für 1 P. Bänder	14 Pf.
Küchengummiband	für 1 Paar Bänder	28 Pf.
Schnürsenkel	100 cm lang 6 Paar	25 Pf.

Nadelsortimente:
1 Mappe Stopfnadeln, sortiert,
1 Mappe Sicherheitsnadeln, sortiert, 1 Pack. Stecknadeln und 1 Brief Nähnadeln . . . . . **25 ₰**

Taillenfutter	schwarz und grau Meter 95	75 Pf.
Serge	140 cm breit schwarz und farbig . Meter 2.80	2.40
Satin	seidenglänzende Qualität in großer Auswahl . . . Meter	1.20
Damassee-Futter	gr. Br. f. Kostüme u. Mäntel Mtr. 2.90 2.95	1.65

Nadeln

Stecknadeln	Brief, 200 Stück	5 Pf.
Sicherheitsnadeln,	sortiert, 1 Dtzd.	5 Pf.
Stricknadeln	1 Spiel	8 Pf.
Haarnadeln	5 Briefe	10 Pf.
Lockennadeln	6 Briefe	10 Pf.
Stahl-Stecknadeln	50 gr	18 Pf.
Sicherheitsnadeln,	sortiert, 50 Stück	25 Pf.

Knöpfe

Patent-Hosenknöpfe	Dtzd.	8 Pf.
Wäsche-Knöpfe,	sortiert	4 Dtzd. 25 Pf.
Hosen-Knöpfe	1 Groß	25 Pf.

Garne

Stopfwolle,	sort. Farben, 3 Knäuel	10 Pf.
Maschinengarn	200 Mtr.-Rolle	10 Pf.
Maschinengarn	1000 Mtr.-Rolle	45 Pf.
Leinenzwirn	8 Sterne	25 Pf.

Klöppelspitzen für Kopfkissen		30	Pf.
Klöppel-Ecken		40 25	Pf.
Klöppel-Spitzen, 2 cm breit, Meter	12 10 8		Pf.
Klöppel-Spitzen, 5 cm breit, Meter	25 20 15		Pf.
Languetten, weiß und farbig	12 8 4		Pf.
Wäsche-Besätze, weiß u. farb.	10 6 4		Pf.
Valenciennespitze u. -Einsätze	12 10 5		Pf.

Diverse Artikel

Metermaße		8 Pf.
Rollbandmaße		25 Pf.
Hosenschoner	Meter	8 Pf.
Schneiderkreide	6 Stück	10 Pf.
Armblätter	1 Paar	25 Pf.
Schuhanzieher	mit Knöpfer	25 Pf.
Damen-Strumpfhalter	Paar	25 Pf.
Kinder-Strumpfhalter	Paar	25 Pf.
Taschen-Nähzeug	Stück	18 Pf.
Taschenkamm	Stück	25 Pf.

Nähsortiment:
3 Dtzd. Ia Wäscheknöpfe, sort.
2 Kn. Stopfwolle, schw. u. weiß
2 Sterne Zwirn, à 20 Meter
1 Brief Nähnadeln . . . **50 ₰**

Hemdenpassen	Klöppelimitation	25 Pf.
Stickerei-Hemdenpassen	65 55	38 Pf.
Stickerei-Coupons	von 3.05 u. 2.90 m Stück . . 85 65	45 Pf.
Stickerei	neue Muster, ca. 4 cm breit . . Meter	18 Pf.

Crepe de chine f. Kleider u. Garnierzwecke in 200 Farben vorrätig m 8.50 6.80 **4.80**

EBSTEIN

Das Haus der guten Qualitäten und der niedrigen Preise

Spiegelstr. 7-8 **LH** Spiegelstr. 7-8

Nur noch heute Montag
Harry Piels Meister-Sensationsfilm!
Sein größter Bluff!

Vom Dienstag ab
bringen wir eines der bekanntesten Werke der berühmten dänischen Schriftstellerin **Karin Michaelis:**

Die Heilige Lüge

Ein erschütterndes Schauspiel von Menschen, die das Schicksal durch alle Höhen und Tiefen des Lebens führte, um sie dann durch die süßeste Macht zu läutern und zu verklären — — durch die reine Mutterliebe!

In den Hauptrollen:
Otto Gebühr, Margarete Schlegel, Sybil Morel, Hans Brausewetter u. a.

★

Sein Hund

Ein Tier- und Menschen-Schicksal. — In der Hauptrolle:
Joseph Schildkraut.

Jugendliche haben 16½ (4½) Uhr Zutritt.

Kunst-Ausstellung
im Museum, Domplatz
Professor Max Bernuth
Maler Walter Bernuth
Bildhauer Fritz Bernuth
Porträt: Landschaft: Plastik
12. bis 26. Februar, 10 bis 5 Uhr
Sonntags 11 bis 2 Uhr — — Eintritt 80 Pfg.
Kunstverein Halberstadt

Die neue Zeit spricht:

12

Ein schlechter Zeitgenosse ist mir das:
Der nie den „Wahren Jacob" las!
Jedoch das Schlimmste auf der Welt:
'Ne Frau ohne die „Frauenwelt"!

Abonniere auch Du!

„Die Frauenwelt" kostet trotz erhöhten Umfanges nur 20 Pf. Bestelle noch heute beim Zeitungsboten oder in deiner Volksbuchhandlung.

Volksbuchhandlung
„Halberstädter Tageblatt"

Patent-Ingenieur Böhme, Halberstadt, Breiteweg 29, Mitgl. d. Verb. Beratender Pat.-Ing.

Kammer- **KL** Lichtspiele

Von Dienstag bis Donnerstag!!!
Auf vielfaches Verlangen
Lya Mara und Harry Liedtke
Nochmals nur 3 Tage

An der schönen blauen Donau!!

3 Akte! Nach dem berühmten Walzer von Strauß. **3 Akte!**

★ ★

Des weiteren veranlaßt uns der große Erfolg des Films:

Belphégor

1. Teil

Das Rätsel von Paris!

Größter bis jetzt gezeigter Detektiv- und Krimialfilm in 8 Akten zu verlängern.

Die interessanteste Liebesaffäre der Gegenwart.

Achtung! Noch ist das Rätsel zu lösen: **Achtung!**

Wer ist das Phantom?

Als 1. Preis für richtige Lösung ein Halbjahres-Abonnement für die Kammer-Lichtspiele, sowie weitere 50 Preise, bestehend in Freikarten, gültig für 2 Personen.

Lösungen werden bis Donnerstag abend an der Kasse (mit Namen und Wohnung des Abgebers) entgegengenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280221-19/fragment/page=0004

Beilage zur Harzer Volksstimme.

Nr. 44. Dienstag, 21. Februar 1928. 3. Jahrgang.

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, den 20. Februar.

Toleranz.

„Drei Viertel aller Zuchthäusler sind Freidenker."

Vor einigen Tagen sprach hier in Halberstadt und in Thale Professor Nr. Hartwig, Wien in einer Freidenker-Versammlung. Ueber den Inhalt seiner Ausführungen haben wir eingehend berichtet. Um unseren Lesern eine kleine Freude zu bereiten, teilen wir in nachstehendem mit, was das unter Ausschluß der Oeffentlichkeit hier erscheinende Kopfblatt der Berliner Zentrums-„Germania", das „Sächsische Tageblatt" über den Vortrag zu berichten weiß:

„Redner war ein „Professor" Hartwig aus Wien. Ob es ein richtiger Professor war, müßte erst festgestellt werden. Nach der Art, wie er seinen Vortrag hielt, möchte man daran zweifeln. Der „Professor" stellte keine großen Denkanforderungen an seine Zuhörer, sie durften wirklich frei sein vom Denken, um so mehr versetzte er Hiebe gegen Kirche und Pfaffen, wie man das bei diesen Herrschaften gewohnt ist und wie man es hier zu Lande auch gern hört. Daß ein solcher Vortrag in einer kleinen Landstadt von 13 000 Einwohnern überhaupt möglich ist, spricht Bände, und beweist den Niedergang der Kultur in hiesiger Gegend, was einsichtigen Männern kein Geheimnis mehr ist. Der Redner gab an, gegen den Kapitalismus zu kämpfen. Er wußte wohl nicht, daß die acht reichsten Männer Rußlands Bolschewisten sind, und daß die Sozialisten die Börse, die doch fast ganz in Judenhänden steckt und das Kapital darstellt mit besonderer Schonung behandeln. Er wußte auch nicht, daß auch in unserer Stadt zwischen reichen Juden und Sozialisten enge Freundschaft besteht. Daß die Pfarrer wirklich nicht reich sind, kann der Herr „Professor" bei dem Dieb erfahren, der vor einiger Zeit bei unserem katholischen Pfarrer eingebrochen ist und der wahrscheinlich auch ein Freidenker war. Es wird dem Herrn Redner doch wohl bekannt sein, daß drei Viertel aller Zuchthäusler und Gefängnisinsassen Freidenker sind und mit der Religion nichts mehr zu tun haben wollen.

Nachdem der fromme Mann solches festgestellt hat, erklärt er zum Schluß, daß an dieser ganzen Zuchthaus-Angelegenheit nur Luther schuld sei. Nicht der vom Verwaltungsrat der Reichsbahn sondern der ältere Namensvetter, der vor 400 Jahren mit seiner Reformation die Front erdolcht habe.

Dieses sei der Fluch der bösen Tat. Leider!

— **Große Aufregung** verursachte am Sonnabend kurz vor 7 Uhr ein Feueralarm. Im Hotel „Zum Bären" war ein Schornsteinbrand ausgebrochen, der jedoch bevor noch die Feuerwehr am Brandort erschien, gelöscht war.

— **Zur Gründungsfeier des Reichsbanners**, das jetzt vier Jahre besteht, veranstaltet die Ortsgruppe Wernigerode nach einem Werbeumzug, eine Versammlung, zu der am Mittwoch abend im „Monopol", alle Republikaner mit ihren Angehörigen eingeladen sind.

— **„Erbprinz Botho als Förderer der Hugenbergschen Aufklärungsfilme?"** Zu der Notiz in Nummer 41 vom 17. d. M. schreibt uns der Fürstl. Stolberg-Wernigeröder Kammer-Präsident, geg. Rechtsanwalt Dr. Spengler, im Auftrage des Erbprinzen: „Richtig ist, daß der Vorstand der Devoli, Graf von der Schulenburg, und der bei dieser Gesellschaft tätige Herr Claudius sich an den Erbprinzen mit der Bitte gewandt haben, das von ihnen geplante Filmunternehmen zu unterstützen, und zwar sind diese Herren mit ihrer Bitte hier in Wernigerode vorstellig geworden. Ich habe dieser Unterredung beigewohnt. Der Erbprinz hat es aber abgelehnt, dem Unternehmen irgendeine Unterstützung zuteil werden zu lassen, so daß die Mitteilung der B. Z. a. M. unrichtig ist". — Der Erbprinz war mit dieser ablehnenden Haltung gut beraten, zumal, da eben erst wieder bekannt wird, daß ein anderes „nationales" Filmunternehmen, die Conder-Gesellschaft in Berlin, die mit einem sehr mäßigen Bismarckfilm Geschäfte zu machen glaubte, zusammengekracht ist.

Aus Halberstadt.

2430 Arbeitslose.

Die Arbeitsmarktlage für Männer war in der Berichtswoche vom 9.—15. Februar d. Js. schwankend. Es überwog die Neigung zur Besserung, obwohl zahlenmäßig eine nennenswerte Entlastung nicht festzustellen war. In der Landwirtschaft hat die Nachfrage etwas zugenommen; sie war der unbeständigen Witterung wegen noch gering. Aus demselben Grunde ist auch das Bauhandwerk zurückhaltend geblieben. Die Möglichkeit eines neu einsetzenden Frostes läßt die Außenberufe nicht zur Entfaltung kommen. Die Metallindustrie hat eine leichte Besserung gebracht. Die Ursache hierzu war der Uebergang von Kurzarbeit zur vollen Arbeitszeit in einem Betriebe, sowie die Einlegung der dritten Schicht in einem zweiten Betriebe. Im Holz- u. Schnitzstoffgewerbe ist die Gesamtlage nicht befriedigend. Auch die Fleischkonserven-Industrie ist noch nicht wieder im vollen Umfang tätig. Das Angebot übersteigt die Nachfrage wesentlich. Auf dem Arbeitsmarkt des Bekleidungsgewerbes ist noch keine Entlastung zu verzeichnen. Eine rege Vermittlung fand im Gastwirtsgewerbe statt. Für die Faschingsveranstaltungen wurden auch nach auswärts Aushilfen gestellt.

Bei der Notstandsarbeit „Neuanlage eines Waldweges im Forstrevier Thekenberge" sind 25 Krisenfürsorgeempfänger beschäftigt.

Vermittelt wurden: 21 landw. Arbeiter, 1 Masch.-Arbeiter, sechs Schlosser, 1 Monteur, 2 Tischler, 1 Bäcker, 1 Schuhmacher, 1 Barbier, 16 Kellner, 2 Kraftfahrer, 11 Arbeiter wechselnder Art, 12 Bau- und Erdarbeiter.

Die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden beträgt 1580 (1643 in der Vorwoche) Hierzu die Landgemeinden mit 308 (308 in der Vorwoche). Hiervon beziehen Arbeitslosenunterstützung 1023 (Stadtgemeinde) 266 (Landgemeinden), Krisenunterstützung 1023 (Stadtgemeinde) 266 (Landgemeinden), Krisenunterstützung 398 (Stadtgemeinde) 42 (Landgemeinden). Nach Berufen eingeteilt, gliedern sich sämtliche Unterstützte wie folgt: 8 landw. Beamte und Schweizer, 81 landw. Arbeiter, 25 Gärtner, 3 Steinmetze, 21 Ziegler, 41 Schmiede, 140 Schlosser, 13 Fräser, Former und Dreher, 13 Klempner, 19 Monteure u. Mechaniker, 1 Isolierer, 2 Uhrmacher, 4 Buchbinder, 21 Sattler und Tapezierer, 2 Färber, 82 Tischler, 2 Korbmacher, 1 Bürstenmacher, 1 Holzbildhauer, 2 Drechsler, 22 Stellmacher, 5 Müller und Brauer, 26 Bäcker, 28 Fleischer, 23 Schneider, 10 Schuhmacher, 2 Handschuhmacher, 2 Barbiere, 157 Maurer, 62 Zimmerer, 65 Maler, 22 Anstreicher, 5 Glaser, 9 Dachdecker, 27 Steinsetzer, 6 Buchdrucker, 8 Musiker, 12 Kellner, 3 Ausbesser, 2 Seeleute, 42 Kutscher und Kraftfahrer, 5 Boten und Pförtner, 36 häusl. Dienste, 418 Arbeiter wechselnder Art, 124 Bau- und Erdarbeiter, 16 Maschinisten und Heizer, 50 kaufm. Angestellte, 53 Büroangestellte, 4 Techniker und Zeichner, 3 freie Berufe.

Die seit einigen Wochen beobachtete Besserung der Arbeitsmarktlage für Frauen hielt auch in dieser Berichtswoche an. Mit Fortschreiten der Jahreszeit erstreckt sich die Besserung in der Hauptsache auf Vermittlungen in die Landwirtschaft. Im Vervielfältigungsgewerbe ist die Lage unverändert. Die Zigarrenindustrie hatte Bedarf an Wickelmacherinnen. In der Schokoladenindustrie fanden Packerinnen und Hohlformerinnen Beschäftigung. Im Bekleidungsgewerbe konnte eine Schneiderin und drei Tambourierinnen vermittelt werden. In der kaufm. Vermittlung boten sich Aushilfsstellen für Stenotypistinnen. Eine auswärtige Firma gab Auftrag zur Beschaffung einer perfekten Stenotypistin zum 1. März 1928.

Weiterhin hat in der Berichtswoche der Stelleneingang an perfekten Alleinmädchen eine erhebliche Zunahme erfahren. Immer mehr tritt das Fehlen von perfekten Alleinmädchen mit Kochkenntnissen in Erscheinung. Auch die Nachfrage der stellensuchenden Hausangestellten war sehr rege. Trotzdem konnten nur einige Vermittlungen erzielt werden, da die größte Anzahl der Suchenden den gestellten Anforderungen nicht genügte. Für ältere Hausdamen und Wirtschafterinnen bot sich keine Unterbringungsmöglichkeit. Mangel an Hauspersonal für landwirtschaftliche Haushaltungen bestand weiter fort. Im Gastwirtsgewerbe lag Bedarf an Mamsellen, Zimmer-, Haus- und Küchenmädchen vor. Der Stelleneingang an Stunden- und Halbtagsbeschäftigungen war in dieser Woche wieder sehr mäßig, wohingegen immer noch reichliches Angebot an Kräften vorhanden ist.

Im Laufe dieser Berichtswoche traten in die Arbeitslosenversicherung 35 Personen neu ein und zwar: 1 Landarbeiterin, 14 Fabrikarbeiterinnen, 1 Strupperin, 2 Buchbindereiarbeiterinnen, eine Handschuhnäherin, 6 Tambourierinnen, 1 Strupperin, 4 Aufwartungen, 4 Verkäuferinnen, 1 Stenotypistin.

Es schieden 45 Personen aus und zwar: 19 Landarbeiterinnen, 1 Buchbindereihilfsarbeiterin, 1 Schneiderin, 4 Tambourierinnen, 1 Putzarbeiterin, 1 Aufwartung, 1 Stenotypistin.

Die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger beläuft sich auf 244 und zwar: 35 Landarbeiterinnen, 12 Buchbindereihilfsarbeiterinnen, 1 Wickelmacherin, 2 Zigarrensortiererinnen, 3 Strupperinnen, 47 Arbeiterinnen der Lebensmittelindustrie, 5 Stickerinnen, 11 Schneiderinnen, 6 Weißnäherinnen, 1 Schuhstepperin, 3 Handschuhnäherinnen, 17 Tambourierinnen, 2 Hilfsarbeiterinnen der Handschuhbranche, 3 Putzmacherinnen, 1 Plätterin, 3 Buchdruckarbeiterinnen, 1 Zimmermädchen, 2 Hortnerinnen, 4 Hauspersonal, 21 Aufwartungen, 36 Fabrikarbeiterinnen, 16 Verkäuferinnen, eine Kontoristin, 1 Stenotypistin, 2 Telephonistinnen, 1 Laborantin.

Nach Berufen eingeteilt, gliedern sich die 542 Arbeitsuchenden wie folgt: 51 Landarbeiterinnen, 1 Stickerin, 13 Buchbindereiarbeiterinnen, 10 Arbeiterinnen der Tabakbranche, 86 Fabrikarbeiterinnen der Lebensmittelindustrie, 87 Arbeiterinnen des Bekleidungsgewerbes, 1 Pflegerin, 2 Plätterinnen, 7 Druckereiarbeiterinnen, eine Pianistin, 21 Personal für Gastwirtschaften, 2 Hortnerinnen, 3 Kinderpflegerinnen, 33 Hauspersonal für Privathaushaltungen, 79 Aufwartungen, 97 Fabrikarbeiterinnen, 47 kaufm. Angestellte, 1 Laborantin, 2 Telefonistinnen.

Wochenspielplan des Stadttheaters.

Dienstag 20 Uhr „Die zwei Väter der Familie Jourdeuil", das rührend-komische Familienstück aus dem Pariser Künstlermilieu.

Mittwoch 20 Uhr Erstaufführung „Frasquita", Lehars neueste Schlageroperette. Gute Handlung und zündende Melodien zeichnen die Operette aus. In den Hauptrollen die Damen Wolf und in der Soubrettenpartie Frl. Michalsky und die Herren Morel, Reuland, Honna. Spielleitung: Herr Kohlmann. Musikalische Leitung: Kapellmeister Legler.

Donnerstag 20 Uhr „Don Juan", Mozarts größtes musikdramatisches Werk.

Freitag 20 Uhr „Margarete" (Faust), die durch den Schmelz ihrer Melodien populäre Oper.

Sonnabend 20 Uhr „Der Patriot", das stärkste Drama der Gegenwart, ein Werk von architektonischer Schönheit im Aufbau und von meisterhaften Technik in der Dialogführung. Die Hauptrolle spielt Herr Konkiel. Spielleitung Ado von Achenbach.

Sonntag 15¾ Uhr auf vielseitigen Wunsch nochmalige Aufführung „Aida", die große exotische Ausstattungsoper. — 19½ Uhr die neue Leharoperette „Frasquita".

Kauft bei unseren Inserenten!

Jungfer Mutter.

Eine Wiener Vorstadtgeschichte von Ada Christen.

15. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Sechs Wochen hatten wirklich genügt, um die Menschen in der „Blauen Gans" zu ändern, ihre Stimmung zu festigen und ihre Meinungen abzuklären. Die Weiber redeten ja Tag und Nacht über die Geschichte mit der Lene, und so hatten sie gerade genug Zeit gehabt, um die meisten Männer windelweich zu schwatzen. Daß die Weiber recht hatten, bestätigte das Gericht, weil es die junge Frau nicht dazu verhielt, zu ihrem Manne zurückzukehren.

Die Weisen der „Blauen Gans" und vor allem der Laternenanzünder hatten vorhergesagt, daß die Ausreißerin mit Schande und Spott heimgebracht werde, und nun nahm sie das Gericht in Schutz. Sie mußte nicht in die große Stube der seligen Frau Weiß, das wollte etwas sagen in jenem Winkel, wo sich die armen kleinen Leute von der Gewalt des Gerichts auch den Begriff der Unfehlbarkeit machten und davor eine gruselnde Scheu wie die Kinder vor Gespenstern hatten. Darum war und blieb der Leopold jetzt für sie im Unrecht und die Lene hatte den Weg eingeschlagen, den ein junges Weib geht, „wenn sie ihr Mann schlecht behandelt".

Die junge schöne Frau hatte auch wirklich schnell Freunde gefunden, die ihr bald ihr Recht begreiflich machten.

Da war zuerst die Schwester des „Herrn", des großen Handschuhmachers, wie sie den Fabrikanten bezeichneten, für den die Hälfte der Leute in der „Blauen Gans" arbeiteten. Die zierliche kleine Frau, eine unternehmende Französin, hatte sich von ihrem Bruder getrennt und auf eigene Faust einen „Salon für Damenbekleidung" eröffnet; das wollte sagen, daß sie, von den angenehmlichsten Hütchen angefangen bis zu den geschmackvollsten Stiefletten herab, alles feil hatte, was zu dem Putz einer eleganten Frau gehört. Sie hatte diese neue und vornehme Idee von ihrer Vaterstadt, von Paris, hergebracht und sie klug zu verwerten begonnen. Alle älteren Geschäftsleute sperrten Maul und Augen auf, denn mit einigen wandhohen Spiegeln, Samtsofas und einer Menge künstlicher Blumen, kurz mit allerhand solchem Firlefanz, an dem ein aufrechter Kaufmann gar nicht denkt, schnappte sie ihnen doch die allerschönsten Kunden vor der Nase weg.

In dem Salon der Madame Margot gab es auch keine bedienenden jungen Herren, die regelrecht frisiert, in den elegantesten Modezeitungsstellen herumlehnten oder mit krebsroten, aber zierlich gebogenen Fingern die Stoffe in genial hingehauchte Wogen zu bauschen wissen. Einfache, schwarzgekleidete Frauen sprachen sachkundig mit der Modedamenwelt, sie prüften Gesichtszüge, Haarfarbe und Gestalt genau, unterzogen die Abstufungen der Farben einem ernsten Studium und wählten dann erst Form und Stoffe.

Diesen sorgfältig zu Werke gehenden Frauen waren zwei schöne junge Mädchen beigegeben, eine üppige Brünette und eine schlanke Blondine; die beiden mußten die gewählten Gegenstände versuchsweise in Gebrauch nehmen und in diesem meist kostbaren Putz auf und niedergehen, sitzen, sich drehen und wenden, so daß die Käuferinnen die Wirkung an einer lebendigen Gestalt erproben konnten.

Seit fünf Wochen war an Stelle der allzuschlanken Blondine ein Rotkopf eingetreten, der die Damen durch seine Schönheit entzückte; es war die Lene, die „Mademoiselle Madelaine" hieß.

Als sie ihem Mann davonlief, ging sie geradenwegs zu Madame Margot und erzählte ihr den ganzen Jammer. Die kleine Frau hörte aus der Geschichte mehr und anderes, als darin lag, dafür aber sah sie die schöne Gestalt des jungen Weibes ganz genau. Madame Margot war seit Jahren von ihrem Gatten getrennt und das traurige Ereignis, das sie da hörte, war nach ihrer Auffassung nur ein neuer Beweis für die Niederträchtigkeit „von die Mann". Es gab demnach mehr als einen Grund, daß sie diesen empörenden Fall in die winzigen Hände nahm, nachdem er von ihr zurechgelegt war, einem geschickten Advokaten übergab und das mißhandelte schöne Weib frischweg in ihr Geschäft nahm.

Ehe die Lene sich noch ganz mit sich zurechtgefunden hatte, war schon ein Bündel Federn zerschrieben an einer langen Anklageschrift. Darin stand, daß der Leopold ein Wüstling sei, ein Säufer, daß er sein Weib fast erschlagen, und daß die Lene einen solchen Widerwillen gegen ihn habe, daß sie in ehelicher Gemeinschaft nicht mehr mit ihm weiterleben könne.

Der Leopold lag aber schon drei Wochen totkrank da, als ihm die Schrift in sein Haus flog; er konnte sie nur mühsam lesen und verstand sie kaum, er wußte auch nicht viel zu erwidern, als acht Tage darauf der Advokat kam und ihm das alles mündlich sagte. Der Mann mußte zugeben, daß er sein entlaufenes Weib geschlagen habe, daß sie ihm treu gewesen, daß sie nichts verschwendet und seine Wirtschaft in gutem Stand gehalten.

„Gegen die Abneigung Ihrer geschätzten Frau gibt es kein Mittel, Zwang würde nichts nützen", meinte der Advokat, „und verzeihen Sie lieber Mann, Sie dürfen sich bei alledem, was Sie getan haben, gar nicht wundern, wenn sich eine schöne ehrbare Frau von Ihnen lossagt," schloß der Geschickte mit einem Hinblinzeln über die hilflose, krüppelhafte Gestalt des Kranken und mit einer würdevollen Handbewegung, die sich wie eine Verurteilung ansah.

Der Leopold glotzte den Advokaten an; er wunderte sich gar nicht über das Gebaren seiner Frau, er besann sich nur, daß alles, was ihm dieser abgeschliffene und gemessene Herr da sagte, schon in der langen Schrift zu lesen war, und dann — ja —, das gute Gedächtnis seiner Lene brachte ihn ein wenig aus dem Geleise; jede Kleinigkeit, die vorgekommen war, während sie noch im Frieden miteinander gelebt hatten, mußte sie und hatte sie den fremden Leuten erzählt, nur um ihn zu verkleinern . . . . Wie lange muß sie da in einem Atem geredet haben und immer nur Böses von mir dachte er, und da wußte er auch mit einemmal, daß sie ihm niemals auch nur gut gewesen sei und daß ihr kein Fünkleln von der Liebe, die er allzeit für sie gefühlt hatte, im Sinne geblieben war.

Der Advokat stand geräuschlos auf und fragte noch einmal: „Ist nicht alles so? Hat Ihre geschätzte Frau eine Unwahrheit gesagt?"

„Ach Gott! Nein . . ., es ist so . . ." meine geschätzte Frau hat nicht gelogen. Ja, ja, ja!"

Seine Wangen glühten vor Fieberhitze und Scham, weil er sein Unglück so ruhig anhören mußte, als ob ihm einer die Geschichte zweier anderer ihm fernstehender Menschen erzählen würde, aber rechtfertigen wollte er sich vor dem eiskalten Manne da nicht. Er verschwieg, wie tief ihn die Lene gekränkt und beschimpft hatte, und jede Leichtfertigkeit der sie ihn beschuldigte, empfand er weniger beschämend als die Mißachtung, die Abneigung, die sie für den Krüppel hatte. Als aber der Advokat noch an der Tür umkehrte und sich wieder an das Krankenbett setzte und über die Scheidungsfrage deutlich zu unterhandeln anfing, da wurde der Leopold wild, denn ganz im Hintergrund all seiner Gedanken stand doch die Hoffnung, daß sie bald wieder heimkehren werde; jetzt aber wurde der Gedanke durch untilgbare Furcht verdrängt, sie könne einem anderen angehören, wenn er sich für immer von ihr lossagte.

Er biß die Zähne übereinander und konnte das Bild nicht loswerden. — Der schöne, weiße, kühle Leib in den Armen eines anderen Mannes, die roten Lippen geküßt von anderen, fremden Lippen, die schöne Statue vielleicht lebendig.

„Jetzt ist es genug, jetzt gehen Sie, das ist mein Zimmer, Herr, und wenn ich ein Flegel bin, so sollen Sie sehen, was ein Flegel tut," würgte Leopold heraus und zeigte nach der Tür.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280221-19/fragment/page=0005

* **Sängerbund.** Besonderer Umstände halber findet in dieser Woche das Singen wie folgt statt: Montag abend der Frauenchor und am Dienstag abend der Männerchor. Da zum „Bunten Abend" gerüstet werden muß, ist das Erscheinen aller unbedingt erforderlich.

* **Das Postauto Harsleben—Halberstadt in den Graben gerutscht.** Am Sonnabend ist das Postauto, das den Verkehr auf der Strecke Halberstadt—Harsleben vermittelt, kurz bei dem Lokal „Haltestelle", als es einem Fuhrwerk ausbiegen wollte, infolge der glitschigen Straße in den Straßengraben gerutscht. Einige Frauen, die im Wagen saßen, kamen mit dem Schrecken davon. Das Postauto selbst wurde ebenfalls nicht beschädigt. Nur war es nicht so einfach, den Koloß wieder flott zu machen. Aber auch das gelang schließlich, sodaß die Fahrt fortgesetzt werden konnte.

* **Ein Auto saust gegen einen Heuwagen.** Kurz vor Wilhelmshöhe fuhr das Auto des Kaufmanns H. am Sonnabend in voller Fahrt von hinten auf den Heuwagen der Firma Eckstein. Der Anprall war so heftig, daß der Kutscher aus der Schoßkelle geschleudert wurde, glücklicherweise ohne aber ernsthaften Schaden zu nehmen und der Führer des Autos, Kaufmann H., ebenfalls aus dem Auto stürzte. Aber auch er kam mit leichteren Verletzungen davon. Der Heuwagen ist schwer beschädigt, während das Auto total zertrümmert wurde. Wie das Unglück geschehen konnte, ist noch nicht aufgeklärt.

* **Die städt. Badeanstalt in der letzten Woche.** In der städt. Badeanstalt wurden in der Woche vom Montag, den 13. Februar bis einschl. Sonnabend, den 18. Februar 3480 Schwimmbäder, 602 Wannenbäder, 79 russ.-röm. Bäder, 35 elektrische Lichtbäder, 79 Brausebäder, zusammen 4993 Bäder verabreicht.

* **Rheinischer Karneval.** Am 11. 11., 11 Uhr, 11 Minuten, 11 Sekunden zieht in Köln der Elferrat auf und erklärt, den rheinischen Karneval amtlich für eröffnet. Mehr als ein Viertel Jahr lang lebt der Rheinländer dann in Karnevalsstimmung, die ihren Höhepunkt am heutigen Rosenmontag findet, wo er vollends „jeck" wird. Der Rosenmontag, der heute mittag um 1 Uhr durch die Hohe Straße von Köln zieht, bringt Hunderttausende von Fremden in die goldene Stadt am Rhein. Der morgige Fastnachtsdienstag bringt kaum noch eine Steigerung und am Aschermittwoch zieht das graue Elend, ein riesiger Kater, am Kölner Dom vorbei. Da nicht alle Rheinländer die Mittel dazu haben, um nach dem Mekka des Karnevals zu pilgern, so behelfen sie sich in der Diaspora mit einem Ersatz. In diesem Jahre legten sie sich die Frage vor „Wo jöte mer jetzt hen?" Und sie „jötten" am Sonnabend zum Elysium, wo sie unter dem Motto des diesjährigen Karnevalsschlagers „Dat Kläne mut en Nuckel han!", welcher seit Monaten in allen Gauen des Rheinlandes gesungen wurde, ein echt rheinisches Fest veranstalteten. Man muß schon sagen, in Karnevalsangelegenheiten sind die Rheinländer Fachleute. Da macht ihnen so leicht keiner etwas vor. Schon die Art, wie die Rheinländervereinigung das sonst etwas nüchterne Lokal für ihre Zwecke hergerichtet hatte, zeugte von rheinischem Temperament. Der Bühnenbildner unseres Stadttheaters, Herr Lökenhoff, der selbst mit Rheinwasser getauft ist, hatte den Saal so hergerichtet, daß von dem Urzustand des Lokals kaum noch etwas zu bemerken war. In der Mitte hing ein riesiger Kindernuckel herab. Ueberall eine Ausstattung, wie sie nur ein Rheinländer finden kann. Während sonst auf Maskeraden die Zuschauer die Mehrheit bilden, gab es hier keine Kibitze. Jeder machte mit. Kaum einer, der nicht in irgend einer originellen Verkleidung erschienen war. Außerdem trug jeder Teilnehmer männlichen und weiblichen Geschlechtes, Alt und Jung, den berühmten „Nuckel" als Festabzeichen. Aber es wurde nicht nur an dem Nuckel gelutscht, sondern auch an den berühmten Stoff der Reben, der auf den sonnenbeschiedenen Hängen des Rheines und der Mosel wächst. Schon lange, bevor Seine Tollität, Prinz Karneval mit großem Gefolge aufzog, und eine launige Ansprache hielt, die verschwenderisch durch Abwurf von Süßigkeiten unter das Narrenvolk betont wurde, hatte sich im Saale ein buntes Maskengewühl aufgetan. Besonders die zahlreiche Damenwelt, die zweifellos die Mehrheit bildete, hatte in der Wahl der Kostüme ihre Phantasie beflügelt. Die Männer sind nicht so erfinderisch. Maharadschas und Paschas waren umgeben von einem Heer von Bajaderen, Pierretten, Elfen und Nixen, die nix oder etwas mehr als nix anhatten. Von auswärtigen Gästen begrüßte man lediglich den Häupling Jumbo aus Afrika. Es herrschte eitel Frohsinn und Laune, wie es selbst in weniger guten Zeiten bei den Rheinländern bei solchen Anlässen üblich ist. Es soll am Ende sehr früh geworden sein.

* **Durch 36 Messerstiche schwer verletzt.** In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde auf offener Straße ein junger Arbeiter von Rowdys überfallen und übel zugerichtet. Der Unglückliche wollte ein Vergnügen besuchen, und traf vor dem Eingang des Lokals mit den Rowdys zusammen, die schon dort mit ihm Streit anfingen. Als er dann das Lokal wieder verließ, und sich auf der Straße befand, kamen die Rowdys hinter ihm her und überfielen ihn hinterrücks. Er fiel in den Straßengraben und die drei Unholde warfen sich über ihn, zogen ihre Messer und verletzten den Wehrlosen durch zahllose Stiche. Es wurde die Polizei herbeigerufen, die veranlaßte sofort die Ueberführung des Schwerverletzten nach dem Krankenhaus. Dort wurde von den Aerzten festgestellt, daß er 36 Messerstiche und zwar 33 in den Kopf und 3 an der Hand davongetragen hat. Es ist ein Wunder, daß keiner der Stiche tödlich gewirkt hat. Obwohl übel zugerichtet, befindet sich der Unglückliche außer Lebensgefahr. Einer der Unholde wurde verhaftet, und es scheint am Platze zu sein, daß diese Unholde eine ganz exemplarische Strafe erhalten.

Kreis Halberstadt.

Langenstein, 20. Febr. (Landarbeiterversammlung.) Am Dienstag, den 21. Februar, abends 8 Uhr, findet im Bormannschen Lokal eine öffentliche Landarbeiter-Versammlung statt, in der Kreisleiter Dube-Halberstadt über die Lage der Landarbeiter und die Lohnverhandlungen sprechen wird.

Aus Osterwieck.

— (Paul Ludwig †). Ein lieber treuer Parteigenosse, der Lederarbeiter Paul Ludwig, ist am letzten Sonnabend schnell und unerwartet aus unseren Reihen geschieden. Eine schwere Lungenentzündung mit Grippe warf ihn plötzlich darnieder, bis ihn der Tod abrief. Seine treue Lebensgefährtin, die auch eine gute Kampfgenossin war, starb vor einem halben Jahr nach langem hartnäckigen Leiden. Das Ehepaar hatte manchen Schicksalsschlag zu ertragen. Zwei erwachsene Töchter starben in der Blüte ihres Lebens. Noch vor kurzem gab Paul Ludwig seiner Freude Ausdruck, daß er nun wieder Arbeit gefunden habe und deshalb seine Parteimarken wieder voll kleben könne. Alle Parteigenossen, die ab-

Werbt unablässig für Eure Zeitung!

kommen können, sollten an seiner Bestattung teilnehmen! Leicht sei ihm die Erde! —

— (Der letzte Brennholzverkauf) findet am Mittwoch, den 29. Februar, 16 Uhr (nachm. 4 Uhr) in „Jürgens Saalbau" öffentlich meistbietend statt u. zwar: 35 rm Brennscheit Buche, Eiche und 74 Wasenhaufen mit den Nummern 575—620, 651—664 und 685—688 im Kirchberg. Nr. 689—697 im Bäckerholz und 698—703 im Rhönstag (Bodenholz).

— (Die Mandatsniederlegung) ist irrtümlich unter Osterwieck geraten und gehört zum Bericht von Halberstadt.

Volkskino Sachsen-Anhalt.

Große Kino-Veranstaltungen.

Königsaue. Dienstag, den 21. Februar, 20 Uhr „Zum Roß".
Nachterstedt. Mittwoch, den 22. Februar, 20 Uhr im Gasthof Hermann.
Gatersleben. Donnerstag, den 23. Februar, 20 Uhr in Tränkets Lokal.
Hedersleben. Freitag, den 24. Februar, 20 Uhr „Goldener Löwe".

Programm: „Der Kreuzzug des Weibes", „Lustige Hygiene", „Wie entsteht die Volksstimme?", und anderes. Preis 50 ₰. Jugendliche unter 16 Jahren haben keinen Zutritt. Es sprechen durch Lautsprecher prominente Politiker aus dem Reich und dem Bezirk.

Kinderveranstaltungen

mit besonderem Programm finden statt in

Königsaue. Dienstag, den 21. Februar, 16 Uhr „Zum Roß".
Nachterstedt. Mittwoch, d. 22. Februar, 15 Uhr, Gasthof Hermann.
Gatersleben. Donnerstag, den 23. Februar, 15 Uhr in Tränkets Lokal.
Hedersleben. Freitag, den 24. Februar, 15 Uhr, in „Gold. Löwe."

Eintrittspreis 20 Pfennig.

Bezirks-Bildungsausschuß Magdeburg, Regierungsstraße 1, II.

Aus Schwanebeck.

— (Die hiesige Besondere Gewerbl. Ortskrankenkasse) schließt für das Jahr 1927 mit einem Bestande von 5571,73 ℳ ab, wovon für die gesetzliche Rücklage 2750 ℳ bestimmt sind. Es wurden verausgabt an Aerzte rund 7400 ℳ, für Zahnbehandlung 1650 ℳ, Arzneien, künstliche Gebisse und sonstige Heilmittel 7600 ℳ, Krankenhauspflege 1700 ℳ, Krankengeld 18 000 ℳ. Die Familienkrankenhilfe hat insgesamt 4150 ℳ Kosten verursacht, die Wochenhilfe 3000 ℳ. Die Kassenverhältnisse sind trotz der hohen Leistungen gesunde und wie verlautet, sollen die Leistungen, ohne daß eine Beitragserhöhung eintritt, weiter ausgebaut werden. Sofern ist eine Neuerung eingetreten, als die Beiträge bei den größeren Betrieben in Zukunft gerechterweise nach dem wirklichen Arbeitsverdienst berechnet werden. Die arbeitsunfähigen Mitglieder vom Zementwerk, Harzer Margarine-Werke, Cementwaren-Industrie, Tiefbaugeschäft Müller und Formsand-Werke, haben außer ihrem Krankenschein eine Bescheinigung des Arbeitgebers beizubringen, woraus der in den letzten 4 Wochen vor der Erkrankung erhaltene Lohn ersichtlich ist. Vom Durchschnitt dieses Lohnes werden 50 Prozent als Krankengeld ausgezahlt. Diese Art der Beitragsberechnung und Krankengeldauszahlung wurde schon verschiedentlich vom Verband der Krankenkassen empfohlen und ist auch schon bei den meisten Kassen eingeführt.

Aus Thale.

— (Freidenker-Versammlung.) In einer Freidenker-Versammlung im Ritter Bodo sprach Gen. Prof. Hartwig-Wien über „Das Christentum in Theorie und Praxis". Er ging auf die Lehre des Christentums ein und stellte dieser die Taten der Kirche gegenüber. Die Kirche lebe nicht nach den christlichen Grundsätzen, weil sie mit dem Staat verbunden sei und dem kapitalistischen Wirtschaftssystem diene. Viele seien heute noch in der Kirche, die der Anschauung nach nicht mehr zu ihr gehörten. An sie ergehe der Ruf der Freidenker, auszutreten und sich der Freidenker-Organisation anzuschließen. Vor allem legte der Redner die Stellung der Kirche zum Paragraphen 218 dar. Der unter den Zuhörern weilende Pfarrer und sein Begleiter verließen bei der Erwähnung dieses Abschnittes den Saal. Es war ihnen wohl klar, daß sie in der Diskussion doch nicht gegen diese klaren Auslegungen ankämpfen konnten. Mit einem Schlußwort des Referenten und der Aufforderung des Vorsitzenden an Alle, die aus der Kirche ausgetreten sind, sich der Freidenker-Organisation anzuschließen, wurde die Versammlung geschlossen.

— (Zentralverband der Angestellten.) In der am Donnerstag stattgefundenen Mitgliederversammlung wurden vor allem örtliche organisatorische Angelegenheiten behandelt. Ferner wurde beschlossen, am Sonnabend, den 21. April ein Vergnügen im Gewerkschaftshaus abzuhalten.

— (Achtung! Bauarbeiter von Thale, Westerhausen, Reinstedt, Warnstedt und Weddersleben!) Wir gehen vollzählig am Mittwoch, den 22. Februar, abends 19 Uhr zu dem Vortrag nach Timmenrode, bei Marre, mit unseren Frauen und Angehörigen. Die Lehrlinge machen wir ganz besonders darauf aufmerksam. Beachtet das Inserat in der heutigen Nummer dieser Zeitung.

— (Erhängt aufgefunden) wurde Sonnabend früh zegen 7 Uhr an einem Baum der Kirschenplantage am Stübchen der 57 Jahre alte Hüttenarbeiter Christian Strutz von hier. Was den sonst so fleißigen und strebsamen Mann in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt. Er hinterläßt seine Ehefrau und sieben Kinder, von denen zwei noch schulpflichtig sind. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

— (Eine weibliche Leiche in der Bode) wurde Freitag vormittag gegen 8 Uhr von Arbeitern, die an der Bode nach Holz fischten in der Nähe des Sägemüllers beobachtet. Sie befand sich in der Mitte der Hochwasser tragenden Bode, sodaß es den, mit langen Haken ausgerüsteten Arbeitern nicht möglich war, die Leiche zu bergen. Sie wurde von der starken Strömung schnell abgetrieben. Wie wir hören, handelt es sich höchstwahrscheinlich um die 68 Jahre alte Ehefrau Anna Fischer von hier, die am Freitag früh 7 Uhr, ohne Angaben zu machen, wohin sie gehe, das Haus verließ, und bisher nicht zurückgekehrt ist. Sie war schwer herzleidend und geistlich verstört. Vermutlich hat sie den Tod gesucht. Bekleidet war sie mit graugestreiftem Wintermantel, dunkler Bluse mit Sammetbesatz, dunkelblauem Rock, schwarzen Strümpfen, dicken Hausschuhen mit Lederbesatz.

— (Das Bodetal — Naturschutzgebiet.) Das Bodetal ist mit sofortiger Wirkung zum Naturschutzgebiet erklärt worden. Die Grenzen sind weiter gezogen, als ursprünglich angenommen wurde. Geschützt ist das ganze Gebiet zwischen Thale und Treseburg und schließt u. a. ein: Bülowhöhe, Hotel Roßtrappe und Aussichtsturm, die Lindentäler, Bodenbrücke Treseburg, Aussichtspunkt Weißer Hirsch, Ravensteine, Kaiserblick, Hirschgrund, Hexentanzplatz, Walpurgishalle, Bismarcksfelsen hinab zum Waldkater.

Kreis Oschersleben.

Dingelstedt, 18. Februar. (Generalversammlung der SPD.) Am letzten Mittwoch hielt die hiesige Ortsgruppe der SPD. ihre Jahreshauptversammlung im Schröderschen Lokal ab. Die Versammlung war recht gut besucht. Man kann feststellen, daß die Bewegung auch in unserem Orte wieder vorwärtsgeht. Das zeigt sich in der Aufnahme neuer Mitglieder. Den Geschäftsbericht gab der Vorsitzende, Gen. Wesarg, den Kassenbericht Gen. Albert Westendorf, dem Entlastung erteilt wurde. Der gesamte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, lediglich für den ausgeschiedenen Genossen H. Härstel trat der Gen. Gustav Vollmann sen. als Revisor ein. Dann teilte der Vorsitzende mit, daß auch hier das Volkskino unseres Bezirks spielen wird, und zwar am 2. April. Die weitere Aussprache beschäftigte sich mit der Sterbeunterstützung, dem Lokalwechsel, der Invalidenrente, Erwerbslosigkeit und Agitation. Dazu sprachen die Gen. Karl Vollmann, Gustav Gruhne, Karl Bekuhrs und H. Bögelsack. Gegen Mitternacht fand die interessante Versammlung ihr Ende.

— (Generalversammlung der Schrebergärtner). Die Schrebergartenfreunde hielten am letzten Mittwoch ihre Generalversammlung ab. Den Kassenbericht gab der Kassierer H. Bögelsack, der auch zugleich das Amt des Vorsitzenden inne hat. Die Einnahmen schließen mit 1102 ℳ gegenüber einer Ausgabe von 1078 ℳ ab, sodaß ein Bestand von 24 ℳ bleibt. Dem gesamten Vorstand wurde Entlastung erteilt. Bei der Wahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt, hinzutrat als Kassierer Gartenfreund G. Gruhne. Als Kommissionsmitglieder und Revisoren wurden Hermann Wesarg und Albert Kramer gewählt. Es kamen dann verschiedene Anträge zur Sprache. Es soll der Graben in der Sandgrube ausgehoben werden und zwar soll jeder Anlieger seinen Teil selbst ausheben. Sobald das Wetter günstig ist, beginnt der unterste Anlieger mit dieser Arbeit. Jeder Anlieger hat auch den Weg am Graben entlang in Ordnung zu halten. Gartenfreund Albert Westendorf teilte weiter mit, daß am 29. September d. Js. eine Gartenbauausstellung in Halberstadt stattfinden wird. Zu dem Antrag der Frau Schröder, in den Schrebergärten an der Arpketal-Chaussee einen Brunnen anzulegen, soll erst die Kostenfrage geprüft werden. Damit schloß die Versammlung.

Auch Ihre Lunge kann wieder gesund werden!

Warum mutlos sein? Vergessen Sie nicht, die Erde, die uns trägt, hat auch Kräfte, unsere Krankheiten zu heilen oder wenigstens zu lindern. „NYMPHOSAN", hergestellt aus besten Pflanzenfäften, steht an der Spitze der Lungenbehandlungs-Mittel. Aerzte, die ihn verordnet haben, sind voll des Lobes. Preis der Flasche M. 3.50, Perubonbons M. —.30. Erhältlich in allen Apotheken

bestimmt **Ratsapotheke am Holzmarkt**

Alleinhersteller: **NYMPHOSAN A.-G., München 38C**

Zur Weitergabe an die Kollegen!

Wir fragen Dich lieber Arbeitsgenosse?

Weshalb bist Du noch nicht Leser der Harzer Volksstimme?

Die Harzer Volksstimme
erscheint 6 mal in der Woche und ist das maßgebendste politische Blatt für die Stadt Wernigerode und den Orten des Unterbezirks Wernigerode

Die Harzer Volksstimme
ist Deine Zeitung; sie allein vertritt die Interessen der Arbeiterschaft, auch Deine Interessen

Die Harzer Volksstimme
stützt sich deshalb nur auf die schaffende Bevölkerung; es fühlt und lebt mit ihr

Die Harzer Volksstimme
ist Dein Anwalt im öffentlichen, im beruflichen, im gewerkschaftlichen, im politischen Kampf

Die Harzer Volksstimme
ist Dein geistiger Führer. Feind bürgerlicher und selbstverständlicher reaktionärer Tendenz, führt die „Harzer Volksstimme" Dich geistiger Freiheit entgegen

Die Harzer Volksstimme
ist kein kapitalistisches Unternehmen; jeder geschäftliche Erfolg wird zum Baustein auch Deiner Freiheit

Schnell unterschreibe daher den Bestellschein. Je früher, desto eher bist Du im Besitz Deiner Zeitung.

Bitte hier abtrennen:

Bestellschein.

Name: .....

Wohnort: .....

Straße: .....

bestellt die „Harzer Volksstimme" vom 1. März ab und ersucht um sofortige Zustellung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280221-19/fragment/page=0006

Ein Reklame-Denkmal.

Ein eigenartiges Reklamedenkmal

hat eine Autofirma an einer Chaussee bei Bautzen errichtet. Derartige Reklamedenkmäler sind auf amerikanischen Landstraßen nichts neues, doch dürfte es in Deutschland das erste seiner Art sein.

Kreis Halberstadt.

Ilsenburg, 20. Februar. (Sturm und Regen.) Die in den letzten Tagen unsere Gegend heimgesuchten Stürme haben an vielen Stellen des Harzes großen Schaden angerichtet. Starke Bäume sind entwurzelt, Kronen abgebrochen und fortgetragen. Starken Schaden richtete der Sturm auch an den Oberleitungen an, sodaß in der Lichtversorgung und dem Telephonverkehr Störungen eingetreten sind. Der viele Regen der letzten Zeit hat auch die Flüsse anschwellen lassen, sodaß weite Strecken überschwemmt wurden.

Aus Quedlinburg.

— (Kochlehrstellen.) Der Berufsberatungsstelle beim Arbeitsamt stehen mehrere Kochlehrstellen für junge Mädchen über 18 Jahre zur Verfügung. Auskunft wird jeden Nachmittag von 4—6 Uhr unentgeltlich erteilt.

Kreis Quedlinburg.

Stecklenberg, 18. Februar. (Gründung einer neuen Ortsgruppe der SPD.) Im Hotel zum Wurmtal fand eine öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Partei statt, die sehr gut besucht war. Landtagsabgeordneter Gen. Kasten-Schönebeck sprach in längeren Darlegungen über die Stellung der Sozialdemokratie im Wahlkampf. Sein Vortrag fand reichen Beifall. Der Leiter der Versammlung, Gen. Wegener-Thale teilte mit, daß auch hier eine neue Ortsgruppe der SPD. ins Leben gerufen sei und forderte zum Beitritt auf. Die Versammlung hatte den Erfolg, daß eine Reihe neuer Mitglieder für die Partei gewonnen wurden.

Hedersleben, 18. Febr. (Gemeindevertretersitzung.) Am Dienstag, den 21. d. Mts., abends 8 Uhr findet im hiesigen Gemeindebüro eine Gemeindevertretersitzung statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Festlegung der Bedingungen für den Verkauf von Baustellen und die Bebauung der Grundstücke auf der Winkelbreite. 2. Beschlußfassung über die Anschaffung einer Motorspritze für die Plantagen. 3. Anbringung von Drainageröhren in der Halberstädterstraße von Fr. Könnecke bis Joh. Hüttepohl — im Anschluß an die bereits vorhandenen — zur Ableitung des Wassers. 4. Vorlage eines Entwurfs einer Ordnung über die Erhebung von Gebühren für Benutzung der Anschlagstafeln in der Gemeinde Hedersleben sowie Erteilung der Zustimmung zum Erlaß derselben. 5. Beschlußfassung auf den Antrag Brandt und Genossen auf Anbringung eines Hochbordes. 6. Beschlußfassung auf den Antrag des Zimmerers Gustav Risch auf Verlegung der Straßenlampe am Fr. Röderschen Grundstück. 7. Beschlußfassung auf den Antrag des Gemeindearbeiters Karl Mantel auf Erhöhung seines Lohnes. 8. Vorlage eines Entwurfs einer Polizeiverordnung über das Anschlagswesen. 9. Verschiedenes.

Hedersleben, 19. Februar. (Mitgliederversammlung der SPD.) Am Mittwoch, den 22. d. Mts., abends 8 Uhr findet im Fürstenbergschen Lokal eine Mitgliederversammlung der SPD. statt. Es soll ein Delegierter zur Kreiskonferenz nach Magdeburg gewählt werden. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, zu erscheinen.

Nachterstedt, 19. Febr. (Volkskino.) Am Mittwoch, den 22. Februar finden hier im Hermannschen Saale, nachmittags um 3 Uhr und abends um 8 Uhr zwei Kinovorstellungen des Volks-Kinos Sachsen-Anhalt statt. Verbunden mit Uebertragungen durch Lautsprecher und musikalischer Unterhaltung. Um alles nähere zu erfahren, wird gebeten, die Bildpropaganda im Confum zu beachten. Außerdem wird um die Beachtung der Anschlagstafeln gebeten. Eintrittspreis: nachmittags 20 Pfg.; abends 50 Pfg. Das Programm hat volksbildenden Wert. Der Saal ist gut geheizt. Alle Leser werden gebeten, ihre Kinder nachmittags zu der Schülervorstellung zu schicken und am Abend selbst zu kommen. Für die Genossinnen und Genossen ist es eine Selbstverständlichkeit, noch recht rege mündliche Propaganda zu machen, damit ein voller Erfolg für die Bildungsbestrebungen gewährleistet ist.

Aus Aschersleben.

— (Ein städtisches Volkskonzert) findet am Sonntag, den 26. Februar im Bestehornhaus statt. Es ist als Schubert-Abend gedacht.

— (Nähmaschinen für die Volksschulen.) Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung den Antrag unterbreitet, für die hiesigen Volks-Mädchenschulen zwölf Nähmaschinen zu beschaffen.

— (Förderung des Wohnungsbaues.) Um im laufenden Jahr etwa 100 Wohnungen zu schaffen, sollen 350 000 M Anleihe aufgenommen werden. Davon soll zu 6 Prozent Geld an Baulustige abgegeben werden. Auch die Baugenossenschaft erhält eine Bürgschaft der Stadt, um 22 Wohnungen zu bauen.

— (Als Stadtrat bestätigt) ist Gen. Jenke an Stelle des durch Fortzug ausgeschiedenen Gen. Ullner.

— (Ein Lehrgang für Verkehrsfragen) soll hier erfolgen. Dazu sollte die Lehrerschaft hinzugezogen werden; sie hat aber abgelehnt.

— (Eine Erweiterung des hiesigen Postgebäudes) ist vorgesehen, wenn der jetzt zur Beratung stehende Etat die Mittel gibt.

Aus dem Gerichtssaal.

Schöffengericht Halberstadt.

Sitzung vom 17. Februar.

Ungetreuer Buchhalter. Der Angeklagte K. war Lohnbuchhalter bei einer Ofenbaugesellschaft. Eines Tages bekam er von dem Bauleiter der Firma 150 M, die er an die Krankenkasse abführen sollte, was aber nicht geschehen ist. Er behauptete nun, das Geld sei ihm in einer öffentlichen Straße gestohlen worden. Ferner hat er noch 50 M für Invalidenmarken unterschlagen und in dem Lohnbuch nur einen Arbeiter geführt und das übrige Geld unterschlagen. Das Urteil lautete auf 8 Monate Gefängnis.

Von schwerer Anklage freigesprochen. Ein übles Verbrechen war einem Rentenempfänger zur Last gelegt. Er sollte nach der Anklage ein hochgradig schwachsinniges junges Mädchen genotzüchtigt haben. Eines Sonntags sollte das schwachsinnige Mädchen von dem Angeklagten ihren Lohn haben. Bei dieser Gelegenheit will sie von ihm genotzüchtigt sein. Wie so oft, ist auch in dieser Sache viel Klatsch zusammengetragen worden. Während der Staatsanwalt 2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust beantragte, konnte sich das Gericht nicht dazu entschließen, auf die Angaben der Schwachsinnigen eine Verurteilung zu gründen und erkannte auf Freispruch.

Eid und Personalienangabe. Der Angeklagte A. war in einem Zivilprozeß als Zeuge vernommen. In seiner Aussage hatte er angegeben, daß er mit den Parteien nicht verwandt und verschwägert sei. In Wirklichkeit war aber der Kläger sein Schwiegervater. Durch diese Angabe wurde er unzulässiger Weise eidlich vernommen. Da auch die Personalangaben unter dem Eid fallen, hatte sich der Angeklagte des fahrlässigen Falscheids schuldig gemacht und wurde zu 1 Wochen Gefängnis verurteilt.

Japans erste Untergrundbahn.

Ein Untergrundbahnhof in Tokio.

Sogar im Lande der aufgehenden Sonne muß ein Teil des weltstädtischen Verkehrs unterirdisch abgewickelt werden. Die neue Untergrundbahn von Tokio wurde kürzlich eröffnet. Unser Bild zeigt, daß die Bahnhöfe ganz nach europäischem Muster eingerichtet — und mit Wandreklame ausgestattet sind.

Kleine Strafkammer Halberstadt.

Folgen von Klatsch und Tratsch. Es gibt immer wieder Leute, die sich dauernd in die Verhältnisse anderer Leute hineinmischen müssen und durch Klatsch, Aerger und Zank herbeiführen. So ging es auch einer Frau, die stets über ein neuvermähltes Ehepaar etwas zu sagen wußte und es dabei mit der Wahrheit nie genau nahm. Als sie einmal von dem Ehemann zur Rede gestellt wurde, beschimpfte sie diesen und seine Frau noch obendrein mit den gröbsten Beleidigungen. In der ersten Verhandlung war sie noch sehr siegessicher, wurde aber sehr kleinlaut, als sie wegen der groben Beleidigungen mit 2 Monaten Gefängnis bestraft wurde. Nun legte sie schnell Berufung ein. In der nun folgenden Verhandlung weinte und flehte sie, der Kläger möge doch um Gotteswillen die Klage zurücknehmen. Er sei auch der liebste, beste Mensch auf der Welt. Der Privatkläger ist auch kein Unmensch und läßt sich schließlich durch das Versprechen, ihn in Zukunft in Ruhe zu lassen, zur Zurücknahme der Klage bewegen. Sichtlich erleichtert verläßt die Angeklagte den Saal. Ob sie in Zukunft mit der Ehre ihres Mitmenschen vorsichtiger umgehen wird?

Auch eine Beleidigung. Zwei Männer hatten wegen eines kleinen Vorfalls einen Wortwechsel, worauf der eine zum andern sagte: Du bist ja ein schöner Stahlhelmmann. Flugs wurde der Uebeltäter wegen der „schrecklichen" Beleidigung verklagt und auch verurteilt. Also Vorsicht im Verkehr mit Stahlhelmern.

Betteln. An der Tür zum Verhandlungssaal hängt der Zettel. U. a. steht hinter einem Namen das inhaltsschwere Wort „Betteln" als Strafdelikt. Zwar sorgt der Staat nicht dafür, daß alle seine Bürger zu essen und trinken haben, er läßt viele in Not und Elend verkommen, aber betteln wird bestraft. Weil ein armer Teufel, der ziellos im Lande umherwandern muß, und, um seinen wütenden Hunger etwas stillen zu können, die Mildtätigkeit fremder Menschen in Anspruch nimmt, muß er auf die Anklagebank, um dann einige Wochen in einer düsteren Zelle eingesperrt zu werden. Und dann, wenn die Strafe verbüßt ist? Dann droht im Wiederholungsfalle das Arbeitshaus.

Er liebt einen guten Tropfen. Ein Mann war wegen eines Vergehens zu 50 M Geldstrafe verurteilt. Er hatte dagegen Berufung eingelegt. Man sieht es dem braven Mann ohne weiteres an, daß er großer Liebhaber eines guten Tropfens ist. Auch zu der Verhandlung hat er sich etwas reichlich Mut angetrunken. Es fällt ihm manchmal schwer, das Gleichgewicht zu bewahren. Zu seiner großen Freude hat die Berufung den Erfolg, daß die Strafe auf die Hälfte herabgesetzt wird. Beim Hinausgehen sagt er zu einigen Freunden, welche als Zeugen fungiert haben: „Wenn mi nah Hus komen, seggen wei tau miene Dische, se hebben meck nach 50 Emmchen mehr abbehuckt. Davor verspuen wei de 25 Meter, de sei meck eschenkt hebben."

Sport.

Die Weltmeisterin im Eiskunstlauf.

Sonja Henie,

die kaum sechzehnjährige Welt- und Europameisterin im Eiskunstlauf, gilt als die beste Favoritin der Olympischen Winterspiele. — (Neueste Aufnahme.)

Vereinskalender

des Arbeitersportkartells Thale am Harz.

Vereinslokal: „Gasthof zur grünen Tanne". 1. Vorsitzender: Ludwig Liebing, Joachimstr. 6. Kassierer: Louis Werner, Albertstr. 10.

V. f. B. Sportfreunde, Thale. 1. Vorsitzender: Friedr. Wöllert, Rübchenstr. 41. Techn. Leiter: Ludwig Liebing, Joachimstr. 6. Vereinslokal: „Gasthof zur grünen Tanne". Spielerübung jeden Freitag, abends 8 Uhr.

Turn- und Sportvereinigung, Thale. 1. Vors.: Fr. Schmidt, Joachimstr. 27. Techn. Leiter: Wilh. Eisenhuth, Albertstr. 3. Vereinslokal: „Restaurant zum Steinbachtal." Uebungsstunde: Für Turnerinnen: Dienstag u. Donnerstag, abends 8—10 Uhr. Für Turner: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr. Für Schülerinnen: Montag und Donnerstag, abends 6—8 Uhr. Für Schüler: Dienstag und Freitag, abends 6—8 Uhr. Turnhalle: Pfingstanger.

Kraft-Sport-Verein. 1. Vorsitzender: Oskar Hohlfeld, Bucht 2. Tech. Leiter: Walter Aurisch, Ob. Steigerweg 2. Uebungsabende: Montag u. Donnerstag im „Gasthof zur grünen Tanne."

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Solidarität". 1. Vorsitzender: Friedr. Giebel, Albertstr. 13. Fahrwart: Otto Schmidt, Joachimstr. 30. Vereinslokal: „Gasthof zur grünen Tanne". Uebungsstunden im Saalsport: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr. Reparaturabteilung: Jeden Mittwoch, abends 6 Uhr in der grünen Tanne.

Arbeiter-Samariter-Kolonne, Thale. 1. Vorsitzender: Willi Drechsler, Markt 9. Tech. Leiter: Walter Heidler, Schleifenbachstr. 2. Vereinslokal: „Gasthof zur grünen Tanne". Uebungsabend: Jeden Donnerstag 7—9 Uhr.

Volkschor, Thale. 1. Vorsitzender: Paul Dehmel, Wolfsburgstr. Dirigent: Karl Götze, Brückenstr. Gesangsabende: Frauen Dienstag, Männer Freitag.

Freie Volksbühne. 1. Vorsitzender: Rich. Weschke, Stecklenberger Allee. Regisseur: Albert Hasemann, Kolonie 5.

Sozialistische Arbeiter-Jugend. 1. Vorsitzender: Willi Ackert, Marktstraße 2. Tech. Leiter: Karl Riesel, Kahlenbergstraße 5. Vereinslokal: „Restaurant Steinbachtal". Zusammenkunft: Montag und Freitag.

Bundesturnklub, Thale. 1. Vorsitzender: Wilh. Müller, Neustädterstr. Dirigent: Otto Wisse, Schillerstr. Vereinslokal: „Gasthof zur grünen Tanne". Uebungsst.: Jeden Sonntag früh.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. 2. Kreis. 1. Bezirk. Berichterstatter-Vereinigung. Am kommenden Sonntag, den 26. Februar, findet in Halberstadt, im „Restaurant zum Anger", Braunschweigerstraße 28, eine Sitzung sämtlicher dem 1. Bezirk vom 2. Kreis angeschlossenen Turn-, Fußball- und Schwimmvereine statt. Zweck der Sitzung ist Gründung einer Berichterstattervereinigung und Aussprache über Presse und Arbeitersport. Da gerade das Problem Presse für den Arbeitersport ein sehr wichtiges ist, bitten wir sämtliche Vereine des Harzbezirks, einen Vertreter zu entsenden. Auch sämtliche Arbeitervereine, soweit sie nicht den A. T. u. S. B. angeschlossen sind, werden gebeten, zu erscheinen.

Arbeitersportkartell Wernigerode. Auf die heute Montag, abends 8 Uhr, stattfindende Sitzung des Kartells, wird nochmals hingewiesen, mit dem Ersuchen, daß die Delegierten und Vorsitzenden aller Vereine pünktlich und bestimmt erscheinen.

Vermischtes.

Ein frecher Betrug bei der Post wurde in Hildesheim festgestellt. Ein ungetreuer Postbeamter fertigte ohne Eingahlung eine Postanweisung aus, die auf einen Betrag von 450 M lautete, versah sie mit dem Poststempel und seiner Unterschrift und mischte sie unter die übrigen Postanweisungen. Der Betrüger wurde bei seinen Manipulationen jedoch beobachtet. Der Kriminalpolizei gelang es, den Komplicen des ungetreuen Beamten in dem Augenblick festzunehmen, als dieser die Postanweisung in Alfeld einlösen wollte.

Eine „Raufboldliste". Eine originelle Polizeiverordnung, durch welche die Säuferliste ein Pendant erhielt, hat der Landrat des Kreises Groß-Strehlitz erlassen. In der Verordnung wird bestimmt, daß Personen, die offenkundig zu Gewalttätigkeiten neigen, oder bei öffentlichen Veranstaltungen sich nicht friedlich zu verhalten pflegen, in eine Raufboldliste eingetragen werden, die in den für Veranstaltungen bestimmten Räumen zum Aushang gebracht wird. Den in die Raufboldliste eingetragenen Personen ist der Aufenthalt in Räumen, in denen öffentliche Tanzlustbarkeiten oder öffentliche Veranstaltungen stattfinden, bei denen alkoholische Getränke genossen werden, bei Strafe verboten.

Briefe an das Tageblatt.

Soeben lese ich in der „Halberstädter Zeitung" vom 18. Februar den Artikel „Wahlaussichten". Das eingehende Studium dieses Artikels möchte ich jedem, der im kommenden Wahlkampf politisch tätig sein will, empfehlen. Hier sind mit dankenswerter Offenheit alle Wahlparolen und auch alle Schwächen der angeblich „Deutschnationalen" aufgezählt. Die Junker fürchten nur einen Gegner ernstlich, die — Sozialdemokratie. Kein Mittel wird ihnen zu schimpflich sein, wenn es gilt, diesen mächtigen Gegner (das eigentliche Volk) zu zerspliittern. Divide et impera! Merkt Euch das, Metallarbeiter! Der Zweck der Aussperrung von 800 000 Arbeitern ist also Zersplitterung der Sozialdemokratie in lauter kleine Gruppen und Kommunisten. Zeigt den angeblich „Deutschnationalen", daß auch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280221-19/fragment/page=0007

bei der Reichstagswahl der Gegner dadurch vernichtend geschlagen wird, daß das ganze Volk geschlossen gegen ihn auftritt. Wißt Ihr, warum ich die gerissenen Handlungen und Worte der „angeblich“ Deutschnationalen so schnell und sicher durchschaue? Ich war selbst einmal als Jüngling mit Herz und Hand Deutschnational. Es war mir bitter Ernst, kam mir aus dem Herzen. Gut und Blut setzte ich für meine Gesinnung aufs Spiel. Ein Junker hat das mit rechnendem, suchendem Blick durchschaut und — — — ausgenutzt. Die ganze Zerrissenheit und Doppelzüngigkeit der angeblich „Deutschnationalen“ habe ich kennen gelernt, als man eines Tages meine wirtschaftliche Notlage ausnutzend mit nicht gehaltenen Versprechungen mir mein Vermögen abnahm. Meine Frau drang damals auf schriftliche Niederlegung der Versprechungen. Ich alter Frontsoldat herrschte sie an: „Wir haben es hier mit einem Offizier und Edelmann zu tun. Ich kann mich auf das Wort dieses Mannes verlassen. Auf Knien habe ich später meine Frau um Verzeihung gebeten.

Wie ein teuflischer Witz kommt mir heute die Wahlparole der angeblich Deutschnationalen vor, es geht um die Seele des Kindes. Es ist ja so furchtbar traurig, daß die Mitläufer der Junker nicht durchschauen, wie gemein es ist, wenn Kinderseelen und damit der Schöpfer dieser Kinderseelen, der allmächtige Gott zu Wahlparolen gemacht werden.

Ich habe in meiner Not gelernt, daß die Reichen meist garnicht wissen, was wahres Christentum, wie es Jesus von Nazareth gelehrt hat, ist.

An dieser Stelle danke ich vielen armen Leuten, die mir in schweren Tagen wie echte Christen mit Rat und Tat geholfen haben (ohne sich Christen zu nennen). Möge der Gott, auf dessen inneres Mahnen hin das ehrliche arme Volk sich untereinander hilft, richten am Wahltag: Volkes Stimme ist Gottes Stimme. X.

Sozialdemokr. Partei Deutschlands
Ortsgruppe Halberstadt
Parteisekretariat Halberstadt, Domplatz 48, Tel. 2591

Unterbezirkskonferenz für den Kreis Halberstadt.

An unsere Ortsvereinsleitungen im Unterbezirk Halberstadt.

Werte Genossinnen und Genossen!

Am Sonntag, den 18. März, vorm. 10½ Uhr findet beim Gen. Otto Bollmann, Halberstadt, Bakenstraße 63, eine ordentliche

Unterbezirks-Konferenz

statt.

Tagesordnung:

1. Die politische Lage und die Reichstags- und Landtagswahlen. Referent: Reichstagsabgeordneter Gustav Ferl-Magdeburg.
2. Geschäftsbericht und Organisationsfragen. Referent: Fritz Schütte-Halberstadt.
3. Bericht der Pressekommission. Referent: Paul Wille-Halberstadt.
4. Wahlen.
   a) Wahl des Unterbezirksvorstandes,
   b) Wahl der Pressekommission,
   c) Wahl von drei Delegierten zum Bezirksparteitag in Magdeburg.
5. Parteiangelegenheiten.

Alle Ortsvereine bis zu 200 Mitglieder entsenden einen Delegierten zu dieser Konferenz. Für je 200 weitere Mitglieder wird ein Delegierter mehr entsandt. Restzahlen über 100 gelten als voll. Die Delegierten müssen in Mitgliederversammlung gewählt werden. Jeder Delegierte muß ein Mandat haben, das von der Ortsleitung unterzeichnet ist. Ohne Mandat hat keiner Stimmrecht. Die Kosten der Konferenz werden seitens des Bezirksverbandes getragen.

Genossinnen und Genossen! Die Reichstags- und die Landtagswahlen stehen vor der Tür. Auf dieser Konferenz wollen wir den Wahlkampf eröffnen und deshalb dürfen nicht nur die Delegierten erscheinen, sondern sämtliche Funktionäre der Partei. Großes steht auf dem Spiel und deshalb muß es am 18. März heißen: Auf zur Unterbezirkskonferenz.

Mit Parteigruß:

Rudolf Köchig, Halberstadt, Burchardistraße 23. Fritz Schütte, Halberstadt, Domplatz 48.

SAJ Soz. Arbeiter-Jugend

An die Jungsozialisten im Gau Magdeburg-Anhalt.

Im Januar 1927 tagten die Delegierten der Ortsgruppen unseres Gaues in Bernburg. Es wurde gesprochen über das, was hinter uns lag. Die Krisen im Reich waren überstanden, im Gau sollte die Klärung durch die Konferenz kommen. War bis dahin von einer innigen Fühlungnahme der Gruppen im Gau wenig und von keinerlei Arbeit der Gauleitung etwas zu merken, so konnte dem nur abgeholfen werden, durch Wahl eines tatkräftigen Gauleiters und eines ebenso tätigen Gauvorstandes. Durch Veranstaltungen im Gau kamen auch die Gruppen in Berührung.

Wir beteiligten uns an einem Arbeitssonntag der Arbeitsgemeinschaft Harz der S. A. J. mit dem Gen. Engelbert Graf, im Januar in Aschersleben. Zu einem weiteren Arbeitssonntag mit dem Gen. Dr. Viktor Engelhardt waren wir in Thale. Die größte Tagung war die mit dem Gen. Prof. Dr. Max Adler-Wien in Halberstadt.

Ein achtjähriger Kraftmensch.

Helmuth Lichterfeld zerschlägt mit der Faust zwei große Granitsteine auf dem Kopf seines Vaters.

In Oranienburg bei Berlin lebt der Athlet Lichterfeld. Sein Sohn Helmuth hat das Talent seines Vaters in hohem Maße geerbt. Schon mit vier Jahren war er imstande, Eisenketten zu zerreißen. Jetzt mit acht Jahren biegt er mit Leichtigkeit schwere Eisenstangen, zerreißt eiserne Ketten und schlägt mit der bloßen Hand Nägel in Holzblöcke.

Eine Vorbesprechung der Ortsgruppenleiter zur Reichskonferenz fand in Aschersleben statt. Die Reichskonferenz war aus unserem Gau von den Orten Halberstadt, Quedlinburg, Thale, Dessau, Zerbst und Bernburg beschickt. Ebenso nahmen einige Genossen an der Reichsarbeitswoche auf Hohnstein teil. (Eine bessere Beteiligung und dadurch noch bessere Arbeit ist nur durch finanzielle Unterstützung der Partei möglich). Der Ferienkursus der Partei in Wernigerode war ebenfalls von einigen Genossen aus den verschiedenen Orten besucht.

In den Ortsgruppen wurde das auf den Kursen gehörte eingehend besprochen und für die praktische Arbeit verwendbar gemacht. Der Gauleiter wurde im letzten Jahre dreimal gewechselt.

Am 18. März vorm. 9½ Uhr findet nun in Magdeburg, Regierungsstraße 1 die fällige Gaukonferenz statt.

Tagesordnung:

1. „Das Wahljahr 1928 und die Jungsozialisten“.
2. Stand der Bewegung
   a) im Reich Ref. Gen. Lepinski von der Reichsleitung,
   b) im Gau Ref. Gen. Schuchardt-Quedlinburg.
3. Anträge.
4. Wahlen.
5. Verschiedenes.

Anträge müssen vorher und rechtzeitig bei der Gauleitung eingereicht werden. Die Gruppen entsenden auf je angefangene 10 Mitglieder einen Delegierten. In den Orten, wo keine Gruppen bestehen, werden die Parteigruppen gebeten, einen Gastteilnehmer zu entsenden.

Außer den Delegierten sollen möglichst alle Jungsozialisten unseres Gaues als Gastteilnehmer erscheinen.

Die Kosten für Delegierte trägt jeder Ort selbst, die Gruppen wenden sich, bezugnehmend auf die Richtlinien, an die Partei.

Mit Parteigruß!

Die Gauleitung.

J. A.: Kurt Schuchardt, Quedlinburg, Klopstockweg 46.

Halberstadt. (Wochenplan). Heute abend findet im Heim ein Vortrag statt über „Arbeiterschaft und Krieg“. Am Mittwoch ist die erste Probe zum Frühlingsfest. Alles muß erscheinen. Freitag ist Mädelabend. Es sind noch Liederbücher zu 0.40 M zu haben.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

An die Ortsgruppen des Kreises Wernigerode.

Im Einverständnis mit dem Gauvorstand hat die Kreisleitung die diesjährige

Kreiskonferenz

auf Sonntag, den **26. Februar 1928** vormittags 10 Uhr, nach Wernigerode ins Gewerkschaftshaus einberufen.

Tagesordnung:

1. Rückblick auf das Jahr 1927.
2. Unsere Aufgaben der Zukunft.
3. Bundesgeneralversammlung in Hannover u. Anträge hierzu
4. Sonstige Anträge.

Die Ortsgruppen werden gebeten zu der Kreiskonferenz Stellung zu nehmen und Delegierte zu wählen. Jede Ortsgruppe muß sich vertreten lassen, außerdem hat jeder Kamerad das Recht auf der Konferenz zu erscheinen. Ein Vertreter des Gauvorstandes ist auf der Kreiskonferenz anwesend.

Die Kreisleitung.

Halberstadt. Jeder Kamerad wird heute schon daran erinnert sich den Abend des 17. März freizuhalten.

Halberstadt. (Jungbanner). Am Montag, abends 8 Uhr, findet beim Kameraden O. Bollmann eine Jugendversammlung statt. Da die Tagesordnung sehr wichtig ist, hat jeder Jugendkamerad zu erscheinen.

Halberstadt. Jeder Kamerad wird heute schon daran erinnert sich den Abend des 17. März freizuhalten. An diesen Abend findet unsere diesjährige Gründungsfeier verbunden mit einem Blütenfest statt. —

Halberstadt. Die Jugendabteilung der hiesigen Ortsgruppe läßt darauf hinweisen, daß am Sonnabend, 25. Februar, beim Kameraden O. Bollmann einer der beliebten humoristischen Abende von der Jugendgruppe und dem Spielerkorps veranstaltet wird.

Die Leitung der Jugendgruppe und das Spielerkorps versprechen uns einen sehr genußreichen Abend und laden hierzu auch die älteren Kameraden und deren Angehörige freundlichst ein.

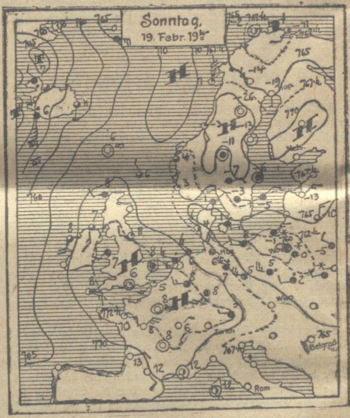
Wernigerode. Um 7 Uhr am Mittwoch abend tritt das gesamte Reichsbanner im „Monopol“ einschl. des Spielerkorps und das Jungbanner an. Niemand darf bei diesem Ausmarsch fehlen. Anschließend Versammlung mit Angehörigen.

Rundfunk-Programme
der hauptsächlichsten deutschen Sender.

Dienstag, 21. Februar.

Berlin. 20,30—0,30 Berliner Fastnacht. (Musik, Gesang usw.)
Königswusterhausen. Uebertragung von Berlin.
Leipzig. Uebertragung von Berlin.
Hamburg. 20 Rheinischer Karneval (Musik, Gesang usw.)
Langenberg. 20,15 „Leichte Musik“.

Amtliche Wetternachrichten.



ERKLÄRUNG: ○ wolkenlos, ◔ heiter, ◑ halbbedeckt, ◕ wolkig, ● bedeckt, • Regen, * Schnee, ≡ Dunst, ≡ Nebel, R Gewitter, △ Graupeln, ▲ Hagel, ◎ Stille, —○ sehr leicht, —○ leicht, —○ schwach, —○ mäßig, —○ frisch, —○ stark, —○ steif, —○ stürmisch, —○ voller Sturm. Die Pfeile fliegen mit dem Winde. Die eingezeichneten Linien (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck. Die neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte, Hamburg.

Voraussichtliche Witterung bis Dienstag abend:

Der Sturmwirbel ist weiter nach dem Innern Rußlands abgezogen, gefolgt von einer neuen Störung, die über dem norwegischen Meere liegt und einen zungenförmigen Ausläufer nach der westl. Ostsee hin entwickelt hat. Im Bezirk sind daher von neuem Niederschläge bei weiter auffrischenden Winden eingetreten. Die Temperatur ist gestiegen und auch auf den Bergen ist es wieder milder geworden. Da bei Island ein neues Wirbelzentrum in Entwicklung begriffen ist, so wird das Wetter seinen unbeständigen Charakter beibehalten.

Aussichten: Bei westlichen Winden mildes Wetter mit wechselnder Bewölkung, zeitweise etwas Regen.

Schlachthof-Freibank Dienstag von 9 bis 11 Uhr rohes Rind- und Schweinefleisch, Pfund 50 Pf.

Gaswerk Halberstadt.
Am Montag, den 27. Februar 1928, 16 Uhr beginnt in unserer Lehrküche im Gaswerk ein neuer Hausfrauenkursus.
Wir laden hiermit zur Beteiligung an diesem Kursus ein und bitten um gefl. Anmeldung bis zum 25. Februar 1928.

Tüchtiges, sauberes Mädchen
wenn möglich mit einigen Kochkenntnissen für Villenhaushalt per 1. März gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen, Zeugnisabschriften und Bild an
Frau Andresen, Berlin-Zehlendorf
Milinowskistraße 29, erbeten.

Druckarbeiten jeder Art fertigt preiswert „Halberstädter Tageblatt“

Bikkur Cholim E. V.
Mittwoch, d. 22. Febr., abends 8½ Uhr
ordentliche
Haupt-Versammlung
in der Aula der jüdischen Schule. Der Vorstand.

Fremdenheim
von alleinstehender Dame, in einem höhergelegenen Kurort,
zu pachten gesucht.
Hoeg,
Berlin N.-W. 21, Essenerstraße 2, 4 Tr.

Präpar. Viehlebertran
Vieh-Lebertran-Emulsion
Rats-Apotheke.

Frische Seefische
grün. Heringe, Sprotten und Bücklinge empfiehlt
R. Hartmann,
Katharinenstraße Nr. 1

Fahrräder Nähmaschinen Sprech-Apparate
kauft man am besten mit kleiner Anzahlung bei
Otto Müller
Beckerstraße Nr. 3
Reparaturen aller Art werden gewissenhaft in eig. Werkstatt ausgeführt.

Matratzen
Stahldraht- v. 12.- M.
Auflagen v. 13.- M.
Jedes Maß wird angef.
Reformunterbetten von 18.— M.
Federbetten 27.- M. m. 7 Pfd. Federn
Bequeme Teilzahlung
10% Kassen-Rabatt
Fabriklager:
Gust. Behrens
Hoheweg 47,
Fernruf 1229.

Hühneraugenpflaster
auf grünem Samt,
Hühneraugencollot
Rats-Apotheke.

Arbeiterjugend! Jungsozialisten!
Zum Wochenendkursus am 3. und 4. März
mit Arthur Crispien-Berlin als Referenten
empfehlen wir zum Vorstudium:
Arbeiterprogramm
von Ferd. Lassalle, mit Einleitung von Eduard Bernstein
nur 20 Pfennig
Kommunistisches Manifest
mit Einleitung von Dr. Max Adler-Wien
nur 20 Pfennig
Einführung in die sozialistische Gedankenwelt
von Hans Hackmack, nur 20 Pfennig
Volksbuchhandlung
Halberstädter Tageblatt
Domplatz 48 Domplatz 48

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280221-19/fragment/page=0008

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Pieper, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Mollenbuhr, für den übrigen Teil Richard Mattheus, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 44. Dienstag, 21. Februar 1928. 3. Jahrgang.

Abwicklungsstelle des Bürgerblocks.

Auflösung des Reichstages 31. März. — Neuwahlen spätestens 20. Mai. Die Sozialdemokratie in Opposition.

Am Sonnabend hat der Bürgerblock nun doch noch sein Notprogramm zustandegebracht. Seinen anfänglichen Plan, dieses Programm an der Sozialdemokratie scheitern zu lassen und dann unter einer antisozialistischen Parole in den Wahlkampf zu ziehen, hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion von vornherein zu vereiteln gewußt. Schon schien die Auflösung des Reichstags unvermeidlich, als der Reichspräsident eingriff und die Freunde von gestern zur Verabschiedung des Etats und ihres Notprogramms verpflichtete. Was schließlich aus dieser Verpflichtung wird, bleibt eine andere Frage.

Es ist zum Verständnis der so entstandenen innerpolitischen Lage notwendig, einen kurzen Rückblick auf die Vorgänge der letzten Woche zu werfen. Sie begann mit der einmütigen Feststellung der Regierungsparteien, daß das Reichsschulgesetz als gescheitert zu betrachten sei. Niemand war in größerer Verlegenheit als die Deutschnationalen. Das Schulgesetz an sich war ihnen verhältnismäßig gleichgültig. Dafür interessierten sich schließlich nur einige orthodox-protestantische Pfarrer und ihr Anhang. Aber es wirkte bis zu der offenen Krise in starkem Maße als Bindemittel für die an sich brüchige Koalition, deren Hauptaufgabe nach deutschnationaler Auffassung die Bewilligung möglichst umfangreicher Liebesgaben für die Großagrarier war. Ihr vorzeitiger Zusammenbruch war jedoch gleichbedeutend mit baldigen Neuwahlen und infolgedessen einem Verzicht auf die bisherige Liebesgabenpolitik; denn voraussichtlich wird die bevorstehende Abrechnung im Vergleich zu den heutigen Zuständen zu einer anderen Zusammensetzung des Parlaments und zu einer anderen Regierungskoalition führen.

Was also war zu tun, um die Auflösung des Reichstags möglichst hinauszuschieben? Das Zentrum wünschte die Erledigung des Etats durch die gegenwärtige Volksvertretung. Ihm schloß sich die Deutsche Volkspartei an, ohne daß freilich ihren Auffassungen von den beiden anderen Regierungsparteien noch eine besondere Bedeutung beigelegt worden wäre. Infolgedessen war mit der Verabschiedung des Etats auchnoch nichts erreicht, wenn damit nicht gleichzeitig eine großangelegte Rettungsaktion für das, was die Deutschnationalen Landwirtschaft nennen, verbunden werden konnte. Zum Glück der Deutschnationalen kam der Hindenburgbrief, der die Notwendigkeit agrarischer Hilfsmaßnahmen betonte. Aber angesichts der Weigerung des Zentrums, den Termin der Neuwahlen über den Mai hinauszuschieben, tauchte die Frage auf, ob es möglich sein würde, in dieser Frist und noch da-

zu mit
zu verw
sition m
längere
Mehrheit
verhinder

Auch
Haushalts
Vorwurf
tigsten A
Wahrsche
rung ni
lament i
wesentlich
hätte auf
kraten w
befriedig
baldige
und auch
Sie konn
es lag a
stützung
waren

Aus d
len Gra
stiven Au
gen. Das
Reichsjust
auf sehr
demokratis
eines Neu
nationalen
ger" hat
ausgeplau
ten und d
ausgehen
hoffte, wir
standekommen des Haushaltsplanes sondern auch die bestmögliche Unterstützung für die Landwirtschaft von vornherein verhindert. Die Städte hat man sowieso mehr oder weniger abgeschrieben, aber auf dem Lande glaubte man mit einer solchen Parole noch Geschäfte machen zu können.

Auch dieses schäne Spiel wurde gestört, und zwar von der gleichen Stelle, deren Eingreifen bis dahin den Deutschnationalen so willkommen gewesen war. Der Reichspräsident mahnte zur Einigung, und für die, die ihn gewählt hatten, war es nun mit Rücksicht auf ihren Anhang im Lande so gut wie unmöglich, sich diesem neuen Appell zu widersetzen. Sie sahen sich genötigt, ihre Forderungen herabzuschrauben auf ein Maß, das auch dem Zentrum noch erträglich erscheinen dürfte. Das aber bedeutete, daß auch der Opposition kein Verzicht mehr auf Abänderungsanträge angesonnen werden konnte. Die Rechte mußte es sich gefallen lassen, daß Sozialdemokraten und Demokraten sich ausdrücklich freie Hand vorbehielten und der Führer der Sozialdemokratischen Reichstagsfrakte Hermann Müller in der Sonnabendsitzung des Reichstags insbesondere diejenigen Punkte desLandwirtschaftsprogramms — die veterinärpolizeilichen Grenzmaßnahmen u. die Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents betreffen, nicht einmal als Teil eines Arbeitsprogramms für annehmbar erklärte.

Die Dinge stehen also so: Die Sozialdemokratie ist nach wie vor bereit, einer Beendigung der Etatsberatung bis zum 31. März keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Sie wird den Etat ablehnen, aber sie wird seine Verabschiedung nicht verzögern. Darüber hinaus hat die Sozialdemokratie nicht die geringste Verpflichtung. Sie war und bleibt Opposition. Sie kann und wird Anträge stellen, die ihr im Interesse der Arbeitnehmerschaft, der kleinen und mittleren Bauern als notwendig erscheinen und wird abwarten, ob die Parteien der bisherigen Koalition die nötige Geschlossenheit besitzen, um sie abzulehnen. Trennen sie sich an diesem oder jenem Punkte — und diese Möglichkeit ist fast wahrscheinlich — so ist der Kladderadatsch da. Dann muß die Auflösung des Reichstags schon vor dem 31. März erfolgen.

Man kann es verstehen, daß es den Deutschnationalen unter solchen Umständen in ihrer Haut nicht wohl ist, und man kann es ebenso begreifen, daß die übrigen Parteien des ehemaligen Bürgerblocks die Dinge ebenfalls nur mit einer sehr herabgeminderten Befriedigung betrachten. Geradezu bejammernswert aber ist das Kabinett, das sozusagen als Abwicklungsstelle der stolzen Koalition übrig geblieben ist. Aber sie alle haben das Schicksal, das sie verdienen.

*

Das Notprogramm.

Die amtliche Mitteilung.

Amtlich wird mitgeteilt: „Die Reichsregierung hat den Parteien die Verhandlungen des Reichstags bis zum Ablauf des Etatsjahres ein Notprogramm vorgelegt. Sie legt auf seine restlose Durchführung zur Wirksammachung der vorgeschlagenen Maßnahmen entscheidendes Gewicht. Sie wird nach Erledigung des Programms — selbstverständlich auch für den Fall seines Scheitern — die Auflösung des Reichstags vom Herrn Reichspräsidenten erbitten. Die Reichsregierung wird ihrerseits alle Vorkehrungen treffen, um Neuwahlen spätestens in der zweiten Hälfte des Mai zu ermöglichen. Sollte wider Erwarten zur Durchführung von Restpunkten des Programms der Reichstag über das Ende des Etatsjahres hinaus beraten müssen, so fordert die Reichsregierung, daß hierfür im Reichstag die geschäftsmäßigen Voraussetzungen geschaffen, die Verhandlungen aber so geführt werden, daß der von ihr in Aussicht genommene späteste Wahltermin eingehalten werden kann.

Der Herr Reichspräsident hat der Reichsregierung kund getan, daß er mit ihr aus vaterländischem Interesse der restlosen Durchführung des Notprogramms ausschlaggebende Bedeutung beimißt und daß er einen dem Vorhaben der Reichsregierung entsprechenden Auflösungstermin in Aussicht nehmen wird."

Der Inhalt.

Das von der Reichsregierung vorgeschlagene und den bisherigen Regierungsparteien restlos gebilligte Notprogramm sieht nach der endgültigen Fassung folgendes vor:

Landhilfe.

1. Zur Organisation und Förderung des Absatzes von Schlachtvieh und Fleisch sowie von Einrichtungen, die diesem Zwecke dienen, werden 30 Millionen Mark in den Etat für das Jahr 1928 eingestellt. Zweck dieser Maßnahme ist es u. a., die auf dem Vieh- und Fleischmarkt zwischen Erzeuger und Verbraucher bestehenden hohen Preisspannen zu verringern.

2. Zur Behebung der gegenwärtigen außerordentlichen Notstände in der Landwirtschaft wird zwecks Sicherung der rationellen Fortführung der Betriebe ein einmaliger Betrag von 30 Millionen Mark in den Etat 1928 eingestellt.

3. Zur Verhütung des Niederbruchs und zur Sicherung des rationellen Fortarbeitens der landwirtschaftlichen Genossenschaften wird ein einmaliger Betrag von 25 Millionen Mark in den Haushalt 1928 eingestellt.

4. Der Rentenbank-Kreditanstalt soll durch Gesetzesänderung die Möglichkeit gegeben werden, sich an zentralen Unternehmungen zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion zu beteiligen und diesen Unternehmungen Kredit zu gewähren.

5. Im Haushaltsgesetz für 1928 wird der Reichsminister der Finanzen ermächtigt, sich zusammen mit Ländern und Gemeindeverbänden an einer Organisation zu beteiligen, die die Aufgabe hat, inländische Kreditinstitute bei der Durchführung der Umschuldung drückender landwirtschaftlicher Schulden zu unterstützen. Reichsgarantiefonds 75 Millionen Mark.

6. Ratenweise Herabsetzung des Gefrierfleisch-Kontingents, entsprechend dem Stande der Fleischversorgung der Bevölkerung.

7. Sicherung der gleichmäßigen Handhabung der veterinärpolizeilichen Grenzsperren zur Verhütung der Einschleppung von Tierseuchen.

8. Erweiterung des Einfuhrscheinsystems auf die Ausfuhr von Schweinen und Schweinefleisch.

Der zweite Wahlgang in Hamburg.

Stärkere Wahlbeteiligung. — 40000 Stimmen mehr. — Die Sozialdemokratie verliert 800 Stimmen, die Deutschnationalen büßen weitere 5000 Stimmen ein. — Die Demokraten gewinnen 5, die Volkspartei 3 Mandate. — Die Kommunisten halten ihre Stimmen. — Das Fiasko der Splitterparteien.

Hamburg, 20. Februar. (TU.) Der starke Erfolg der Hamburger Sozialdemokratie bei der Bürgerschaftswahl im Oktober 1927, der einen Gewinn von 10 Mandaten brachte, hatte das Bürgertum in Angst und Schrecken versetzt. Nachdem durch das Urteil des Staatsgerichtshofes eine Neuwahl erfolgen mußte, wandten die bürgerlichen Parteien die stärksten Mittel gegen die Sozialdemokratie an, wobei das indifferente Bürgertum mit dem Ruf „Rettet Hamburg" gerüttelt wurde. Kein Mittel wurde verschmäht, um die Wähler von der Sozialdemokratie mit Schrecken zu erfüllen. Nicht geringer war der Ansturm von links, der von den Kommunisten mit jeder Verdächtigung und Verleumdung geführt wurde. Dem vereinigten Ansturm gegenüber hat die Sozialdemokratie ihren starken Stimmengewinn vom 9. Oktober 1927 gehalten. Den 173 358 Stimmen der Wahl von 1927 stehen jetzt 246 630 Stimmen gegenüber, während im Oktober des Jahres 247 489 Stimmen erreicht wurden. Infolge der verschärften Agitation der bürgerlichen Parteien sind insgesamt

40 000 Stimmen mehr als im Oktober 1927 abgegeben

worden. Dadurch ist die Verteilungsziffer für die Mandate im Vergleich zu den letzten Wahlen größer geworden. Infolgedessen blieb die Mandatsziffer der Sozialdemokratie hinter im Oktober erreichten Ziffer von 63 um 3 zurück.

Den stärksten Anteil an der großen gesteigertenWahlbeteiligung haben die Demokraten, einen Gewinn haben auch die Volksparteiler und die Nationalsozialisten. Die Demokraten erhalten im Vergleich zur Oktoberwahl 5 Sitze und die Volksparteiler 2 Sitze mehr, während der Stimmenzuwachs der Kommunisten keine Veränderung in der bisherigen Mandatsziffer bringt. Die Deutschnationalen aber haben wiederum 5000 Stimmen und damit

3 weitere Sitze verloren.

Auch die Splitterparteien sind trotz des Urteils des Staatsgerichtshofes nicht auf ihre Kosten gekommen. Die Listen von kleineren Gruppen und Grüppchen brachten es z. B. nur auf insgesamt 4723 Stimmen, davon ist die stärkste Gruppe die der Beamten und Angestellten mit 1601, die mit dieser Ziffer nicht einmal ein Drittel der für ein Mandat erforderlichen Stimmen aufgebracht haben.

Im Einzelnen ergaben die Hamburger Wahlen an Stimmen:

Sozialdemokraten	246 630	(247 489	60	(63)
Deutschnationale	94 030	(98 799)	22	(25)
Kommunisten	114 223	(110 289)	27	(27)
Demokraten	87 522	(65 295)	21	(16)
Volksparteiler	85 471	(72 432)	20	(18)
Zentrum	9 393	(9 774)	2	(2)
Volksrechtspartei	5 535	(9 754)	1	(1)
Nationalsozialisten			3	(2)
Wirtschaftspartei	20 048	(27 163)	4	(6)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280221-19/fragment/page=0009